Erziehung und Wissenschaft

Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

2/2004

Gewerkschaften

Auf der Suche nach dem Morgen

Das politische Profil stärken

Zukunft der Gewerkschaften: Was tun gegen politische Bedeutungslosigkeit?

Foto: DGB

Heinz Putzhammer, im DGB-Bundesvorstand für Tarifpolitik zuständig. Putzhammer war von 1980 bis 1998 Mitglied im Hauptvorstand der GEW und von 1997 bis zu seinem Wechsel zum DGB stellvertretender GEW-Vorsitzender.

Es spricht einiges dafür, dass die Gewerkschaften in Deutschland ausgespielt haben. Dafür gibt es drei Hinweise:
Es stimmt, die Mitglieder laufen den Gewerkschaften davon, im letzten Jahr waren es 300 000, 7,4 Millionen sind bis zum Ende 2003 noch geblieben. Die Struktur der immer kleineren Mitgliedermasse entspricht immer weniger der Beschäftigtenstruktur in Deutschland.
Erfolge, vor allem große, Bindung stiftende, Marksteine setzende, gesellschaftlichen Fortschritt markierende, sind seit längerem nicht mehr vorzuweisen.
Selbst in Bereichen, die zu ihrem Kerngeschäft gehören, haben die Gewerkschaften die öffentliche Meinungsführerschaft verloren. Nicht wenigen zentralen gewerkschaftlichen Vorschlägen steht die öffentliche Meinung verständnislos gegenüber.

In den kommenden Jahren geht es für die Gewerkschaften nicht um Leben oder Tod; es gibt viele Länder, in denen Gewerkschaften relativ ungehindert tätig sind, aber politisch keine Rolle spielen. Die politische Bedeutungslosigkeit der deutschen Gewerkschaften, verbunden mit weiterem Siechtum des Organisationsgrades, ist eine reale Gefahr. Das Kapital der Gewerkschaften sind ihre Mitglieder. Ob Gewerkschaften gebraucht werden oder nicht, wird praktisch entschieden. Zwar steht die Koalitionsfreiheit im Grundgesetz, aber ausüben müssen die Bürger sie aus freien Stücken. Die Verfassung garantiert die Betätigungsfreiheit, aber nicht die Existenz und schon gar nicht den Einfluss der Gewerkschaften.

Ob sie Gewerkschaften so nötig brauchen, dass sie dafür einen nicht unerheblichen Mitgliedsbeitrag bezahlen, darüber entscheiden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, indem sie die Nützlichkeit von Gewerkschaften in ihrem Arbeitsalltag beurteilen. Gewerkschaften, die nicht tarifmächtig sind, sind nutzlos, genauso wie Beamtengewerkschaften, die die Entwicklung des Beamtenrechts nicht mehr beeinflussen können.
Gewerkschaften müssen in den Betrieben und Verwaltungen Einfluss haben, durch Vertrauensleute, durch Betriebs- und Personalräte, in der Unternehmensmitbestimmung, sonst sind sie für die Beschäftigten überflüssig.
Die Nützlichkeit für den Arbeitsalltag ist die Grundlage für Zustimmung und, wenn nötig, Aktionsbereitschaft der Beschäftigten; die wiederum ist die Basis des politischen Einflusses der Gewerkschaften.
Die Bundesregierung hat an der Tarifautonomie nichts geändert; sicher ein Erfolg der Gewerkschaften. Die größere Gefahr für die Tarifautonomie ist, dass die Bindung an Tarifverträge in der Fläche drastisch abnimmt. Die Zukunftsfähigkeit gewerkschaftlicher Tarifpolitik wird sich daran entscheiden, ob dieser Trend umkehrbar ist. Die Frage nach der Flexibilität und Betriebsnähe von Tarifverträgen hängt damit zusammen.
Beamtenpolitik ist Tarifverträgen nicht zugänglich. Daran wird sich so schnell nichts ändern. Beamtengewerkschaften müssen, statt einem vagen Verhandlungsmodell nachzuhängen, effiziente Lobbyarbeit organisieren.
Durch die Betriebsverfassungsreform ist es leichter geworden, besonders auch in kleinen Betrieben Betriebsräte zu wählen. Die Gewerkschaften haben diese Chance bisher erkennbar nicht genutzt.

Nach der Tarifautonomie wird die Unternehmensmitbestimmung das nächste Angriffsziel der Gewerkschaftsgegner sein. Ausschließlich mit Argumentationsmustern aus den 50er-Jahren des vorigen Jahrhunderts wird dem nicht Paroli geboten werden können.
Bei der betrieblichen Mitbestimmung haben die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst es einfacher: Personalräte gibt es überall. Umso deutlicher wird bisweilen das Fehlen der gewerkschaftlichen Linie. Gewerkschaften, die in den Betrieben und Verwaltungen die Interessen der Beschäftigten durchsetzen und ihre Rechte wahren können, haben dann auch politische Gestaltungskraft und können auch auf dem politischen Parkett – national wie international – etwas ausrichten.

Das zweite geht nicht ohne das erste, sonst hat man anstelle von Gewerkschaften politische Clubs. Beides zusammen kann wirkungsmächtige Gewerkschaften ausmachen, wenn ein dritter Faktor hinzukommt: Wenn die Gewerkschaften politisch wissen, was sie wollen: deshalb müssen sie, unabhängig von politischen Parteien, ihr politisches Profil schärfen und ihre Programmatik präzisieren. Dass es programmatisch das Tandem Gewerkschaften/SPD mangels Programmatik der SPD nicht mehr gibt, ist auch ein Vorteil: eine größere Unabhängigkeit der Gewerkschaften ist eine gute Voraussetzung zur Entwicklung präziser, bündnis- und mobilisierungsfähiger und damit durchsetzungsmächtiger Ziele und Forderungen. Aufgabe des DGB ist es, dafür zu sorgen, dass dabei die gewerkschaftliche Einheit gewahrt bleibt.

Heinz Putzhammer

Gastkommentar
Das politische Profil stärken — Seite 2

Auf einen Blick — Seite 4

Impressum — Seite 4

Zukunftsdebatte
1. An den herrschenden Widersprüchen ansetzen — Seite 6
2. Gegenmacht durch Gestaltungskraft — Seite 10
3. ADAC oder mehr? — Seite 12
4. Keine Reformbremse — Seite 15

Bildungspolitik
1. IGLU: Kinder im Süden lesen und leben besser — Seite 17
2. Lehrerarbeit: gelassen zum gemeinsamen Ziel — Seite 18
3. Praxisserie: Unterricht kann Spaß machen — Seite 20
4. SPD träumt elitär — Seite 22
5. Ganztagsschulen: Warnung vor dem Bikini-Modell — Seite 23

Weiterbildung
1. Nicht auf der Agenda der Regierung — Seite 24
2. Bildungsberatung ist mehr als „Profiling“ — Seite 31

Schule
Hinter Gittern — Seite 26

Aus den Landesverbänden
Bremen: Schulen mit beschränkter Haftung — Seite 27

Marktplatz — Seite 28

Internationales
Mehr Grundbildung für Mädchen — Seite 29

Recht und Rechtsschutz — Seite 30

Leserforum — Seite 33

Anschlagtafel — Seite 34

Diesmal — Seite 40

Titel: Werbeagentur Zimmermann

www *auch im Internet unter www.gew.de*

Foto: zplusz

An den herrschenden Widersprüchen ansetzen – das war Konsens im E&W-Gespräch mit GEW-Vorsitzender *Eva-Maria Stange* und den Landesvorsitzenden *Rainer Dahlem* (Baden-Württemberg) und *Eberhard Brandt* (Niedersachsen). Im Gespräch wie im Beitrag von der GEW-Chefin, ***Gegenmacht durch Gestaltungskraft*** wird das Dilemma der Bildungsgewerkschaft sichtbar: Sie muss Visionen und Tagesgeschäft verbinden. Und sie braucht neue Mitglieder, vor allem Jüngere. *Michael Hirn* stellt Mutmaßungen darüber an, was die Jungen von der GEW erwarten. Auf jeden Fall: ***keine Reformbremse.*** Wie bei anderen Gewerkschaften reicht es nicht, durch guten Service zu überzeugen – sie ***müssen mehr als ein ADAC*** sein, meinen *Ute Klammer* und *Reiner Hoffmann*. ***Schwerpunkt Zukunftsdebatte ab Seite 6***

Foto: Inge Werth

Gelassenes Arbeiten am gemeinsamen Ziel – ein Anstoß für die Debatte um die Lehrerarbeit aus der Gesamtschule Kassel-Waldau. Das pädagogische Konzept der Kasseler Schule, von dem *Dorothee Beck* berichtet, bedeutet zwar für die Kolleginnen und Kollegen zunächst mehr Arbeit. Doch sie nehmen sie – noch! – in Kauf. Warum? Weil die Praxis anderer Lern- und Lehrformen ihre Arbeit letztlich entlastet und sie in ihrem Job zufriedener macht. ***Seite 18***

SPD träumt elitär – ist die aktuelle Uni-Debatte der SPD-Spitze nur ein Mediengag? Oberflächlich betrachtet ja, schreibt *Max Loewe*, aber dahinter sieht der Autor einen tiefen Konflikt um die Neubestimmung sozialdemokratischer Bildungspolitik zwischen Bund und Ländern. ***Seite 22***

26 000 neue Lehrer

Über 26 000 neue Lehrerinnen und Lehrer haben die Bundesländer 2003 eingestellt. Diese Zahl bleibt um über 3000 Einstellungen hinter der Prognose der Kultusministerkonferenz (KMK) zurück. Der Grund für diese Differenz sind die Arbeitszeiterhöhungen für Lehrkräfte in mehreren Bundesländern. Außerdem sind im Vergleich zu den Vorjahren erheblich mehr Lehrkräfte später in Pension gegangen. Das geht aus dem Lehrerarbeitsmarkt-Bericht hervor, den der Essener Bildungsforscher *Klaus Klemm* im Auftrag der GEW erstellt hat.

Danach entfallen gut 95 Prozent aller Einstellungen auf die westlichen Bundesländer. Aufgrund des Rückgangs der Schülerzahlen in den östlichen Bundesländern sind hier unter Einschluss Berlins nur 1300 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt worden.

Trotz der insgesamt vergleichsweise hohen Zahl von Neueinstellungen gibt es immer noch ein „beachtliches Ausmaß" arbeitsloser Lehrerinnen und Lehrer. Insbesondere an Grund- und Hauptschulen sowie Gymnasien gibt es wesentlich mehr Bewerber als Stellen.

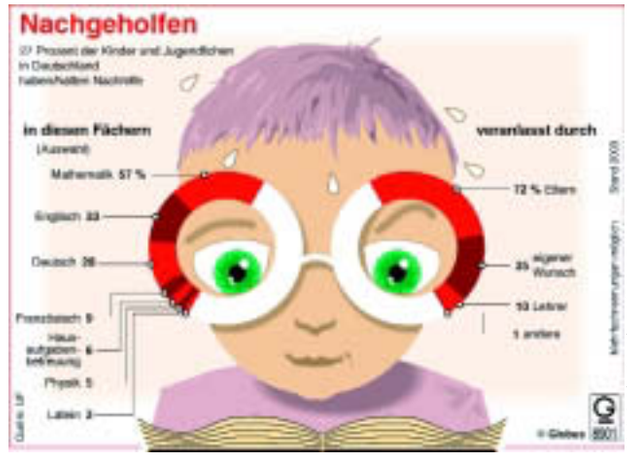
Den Arbeitsmarktbericht und alle Daten finden Sie auf der GEW-Website www.gew.de im Bereich „wissen/wissenspool".

Aktionstag

Bitte vormerken: Unter dem Motto „Für Arbeit, Bildung und soziale Gerechtigkeit – gegen Sozialabbau" ruft die GEW zum „Europäischen Aktionstag" am 3. April auf. Großdemos finden an diesem Tag in Berlin, Köln und Stuttgart oder Kehl statt. **Alle weiteren Infos in der nächsten E&W.**

Weniger Lehrverträge

Die Wirtschaft hat auch 2003 entgegen ihrer Zusage weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen als im Jahr zuvor. Damit sank die Zahl der neuen Vertragsabschlüsse bereits das vierte Jahr in Folge. Dies geht aus der amtlichen Zählung durch das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hervor. 560.134 Verträge zum Stichtag 30. September 2003 bedeuteten einen Rückgang um 12.189 Verträge oder 2,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.



Gut ein Viertel der sechs- bis zwanzigjährigen Schülerinnen und Schüler bekommt Nachhilfe bzw. hat diese schon einmal in Anspruch genommen. Das ergab eine Umfrage des Instituts für Jugendforschung (IJF). Unterstützung ist vor allem in Mathematik und Englisch gefragt. 70 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit Nachhilfeerfahrung sagen, dass sich die schulischen Leistungen dadurch verbessert hätten. Lehrkräfte (genannt von 28 Prozent der Befragten), Studierende (23 Prozent) und Nachhilfeinstitute (22 Prozent), aber auch Schüler (16 Prozent) und Freunde/Verwandte (10 Prozent) geben Unterricht.

Umschulungen

Die Hamburger Agentur für Arbeit, das frühere Landesarbeitsamt, will zum 1. April nur noch rund 300 Umschulungen anbieten (s. auch S. 24). Damit werden 80 Prozent der im Vorjahr bewilligten Kurse wegfallen. Ursprünglich sollten diese Maßnahmen für den Erwerb eines qualifizierten Berufsabschlusses komplett gestrichen werden. Diese Entscheidung trifft nicht nur die Arbeitslosen, sondern auch die Weiterbildungsträger in der Hansestadt. Nach Schätzungen des Hamburger Betriebsräte-Arbeitskreises ist bereits 2003 mehreren hundert Dozentinnen und Dozenten in der beruflichen Weiterbildung gekündigt worden. Bundesweit sind im vergangenen Jahr rund 20 000 Stellen abgebaut worden.

Die Agentur für Arbeit setzt statt der Umschulungen verstärkt auf kürzere (und kurzfristig billigere) Hilfsprogramme, auf die Förderung der Selbstständigkeit und Praktika in Firmen.

ERASMUS-Rekord

So viele deutsche Studierende wie noch nie haben im vergangenen Hochschuljahr am ERASMUS-Austauschprogramm der Europäischen Union (EU) teilgenommen. Rund 18 500 Studierende seien von Juni 2002 bis September 2003 beim Studium im Ausland gefördert worden, teilte der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) mit. Das seien fast 2000 junge Menschen mehr als im Vorjahr. Im Durchschnitt erhielt jeder Studierende monatlich 118 Euro und musste keine Studiengebühren zahlen. Besonders beliebt bei den Studierenden ist Spanien. Auch die Zahl der Dozentinnen und Dozenten, die über das Programm ins Ausland gehen, sei im Vergleich zum Vorjahreszeitraum überdurchschnittlich gewachsen.

Büro geschlossen

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat zum Jahreswechsel ihr „Bonner Büro" geschlossen. Die beiden lange Jahre in dem Büro tätigen „Bonner Speerspitzen" der GEW, *Marita Grafenhorst* und *Reinhard Marckwald*, sind in Ruhestand gegangen. Bei ihrer Lobbyarbeit setzt die GEW künftig verstärkt auf das Parlamentarische Verbindungsbüro in Berlin, dessen neuen Leiter, *Matthias Anbuhl*, wir in der Rubrik „Marktplatz" (Seite 28) vorstellen.

Stellenstreichung

Der Berliner Senat will im Doppelhaushalt 2004/2005 insgesamt 400 Referendariatsplätze streichen. Bereits in diesem Jahr sollen 200 Stellen wegfallen, weitere 200 in 2005. Damit würde die Zahl der Referendariatsplätze von 1900 auf 1500 sinken. „Die Kürzung der Referendariatsstellen wird zu einem dramatischen Einbruch in der Lehrerbildung in Berlin führen", sagte *Rose-Marie Seggelke*, stellvertretende Vorsitzende der GEW Berlin. „Berlin steuert auf einen drastischen Lehrermangel zu. Wegen der Pensionierungswelle wird der Lehrerbedarf steigen und nicht – wie vom Senat behauptet – sinken."

Impressum

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 56. Jg.

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund. Vorsitzende: Dr. Eva-Maria Stange. Redaktion: Ulf Rödde (verantwortlich), Helga Haas-Rietschel
Redaktionsassistenz: Renate Körner
Gestaltung: Werbeagentur Zimmermann
Postanschrift der Redaktion: Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M., Telefon (069) 78973-0, Telefax (069) 78973-202.
E-Mail: koernerr@gew.de
Internet: http://www.gew.de
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich, jeweils am 5. des Monats mit Ausnahme der Sommerferien.
Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich € 7,20 zuzüglich € 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saar, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.
Verlag mit Anzeigenabteilung: Stamm Verlag GmbH, Goldammerweg 16, 45134 Essen;
Verantw. f. Anzeigen: Mathias Müller, Tel. (0201) 843000, Telefax (0201) 472590, anzeigen@stamm.de; z. Z. gültige Anzeigenpreisliste Nr. 34 vom 1. 1. 2004; Anzeigenschluss am 5. des Vormonats.
Druck: apm AG Kleyerstraße 3 64295 Darmstadt.
E&W wird auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

ISSN 0342-0671

Foto: dpa

Guter Kompromiss

Eine Vereinbarung zum Unterrichtsausfall an den Schulen haben in Schleswig-Holstein Bildungsministerium und GEW sowie Lehrerverbände abgeschlossen. „Wir haben einen guten Kompromiss erzielt. Einerseits hilft die Vereinbarung, Unterrichtsausfall zu vermeiden, andererseits werden erhebliche Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte verhindert“, sagte GEW-Landesvorsitzender *Kai Niemann*. Der Teilzeiterlass bleibe vollständig erhalten, die Ausweitung von Mehrarbeit werde gestoppt und der Verzicht des Ministeriums auf die Einführung von Präsenztagen in den Ferien sei festgeschrieben worden. Wandertage, Klassenfahrten und Schulfeste blieben auch in Zukunft unverzichtbare Bestandteile des Schullebens und stellten keinen Unterrichtsausfall dar, begründete Niemann die positive Einschätzung. Er räumte ein, dass die GEW auch schmerzliche Zugeständnisse wie den Verzicht auf die schulinterne Lehrerfortbildung in ihrer bisherigen Form habe machen müssen. Die Vereinbarung können Sie im Internet herunterladen unter: *www.gew-sh.de/wDeutsch/aktuelles/Vereinbarung.shtml?navlink=/wDeutsch/aktuelles/Vereinbarung.shtml*

Studiengebühren

Studiengebühren für so genannte Langzeitstudierende sind jetzt auch in Hessen und Bayern beschlossene Sache. Der hessische Landtag verabschiedete mit der CDU-Mehrheit das umstrittene „Zukunftssicherungsgesetz“ der Landesregierung. Es sieht neben den Studiengebühren vor allem den massiven Abbau von Planstellen vor. Mit dem Gesetz soll der Haushalt 2004 um rund eine Milliarde Euro entlastet werden.
Die Studiengebühren liegen in Bayern bei 500 Euro pro Semester, in Hessen zwischen 500 und 1500 Euro. Sie fließen 2004 in die Landeshaushalte. Außerdem zahlen alle Studierenden in den beiden Bundesländern einen Verwaltungskostenbeitrag von 50 Euro pro Semester.

Hochschulverträge

Trotz wochenlanger Proteste der Studierenden gegen die Sparpolitik des Senats haben die Präsidenten der Humboldt-Universität (HU) und der Freien Universität (FU) die Berliner Hochschulverträge unterzeichnet. Damit erhalten die Hochschulen in den Jahren 2006 bis 2009 75 Millionen Euro weniger als bisher. Die Technische Universität (TU) hat die Vereinbarung bisher nicht unterschrieben.

Ein Prof = 60 Studis

Durchschnittlich muss ein Professor in Deutschland rund 60 Studentinnen und Studenten betreuen. Trotz der steigenden Zahl der Studierenden stagniert die Zahl der Professoren seit zehn Jahren zwischen 37 000 und 38 000.

Berlitz: mehr Geld

Für die Berlitz-Beschäftigten gibt es ab März 2,3 Prozent mehr Gehalt. Ab 1. Januar 2005 werden die Gehälter um weitere 2,1 Prozent angehoben. Außerdem hat die GEW mit der Geschäftsleitung eine Prozessvereinbarung zur Reform der Entgeltstrukturen der Lehrkräfte geschlossen.
Damit ist der Tarifkonflikt zwischen der GEW und dem Berlitz-Sprachinstitut beigelegt.

Verbeamtung bis 45

Lehrerinnen und Lehrer sollen in Nordrhein-Westfalen künftig bis zum Alter von 45 Jahren Beamte werden können. Dies sieht der erste Entwurf einer neuen Laufbahnverordnung vor. Das Höchstalter für die Verbeamtung lag bisher bei 35 Jahren.
Hintergrund: In den vergangenen Jahren sind viele Lehramtsbewerberinnen und -bewerber in andere Bundesländer abgewandert, weil sie dort bis zum Alter von 45 oder 50 Jahren verbeamtet werden. Der Mangel an Lehrkräften in Nordrhein-Westfalen habe sich dadurch verschärft, erklärte GEW-Landesvorsitzender *Jürgen Schmitter*. Die GEW begrüßte die geplante Neuregelung.

Gold für Bildung

Goldreserven der Bundesbank sollen nach dem Willen führender Sozialdemokraten zur Finanzierung von Bildung und neuen Forschungsprojekten eingesetzt werden. Regierung und Bundesbankpräsident *Ernst Welteke* seien sich einig, von diesem Jahr an 400 bis 600 Tonnen Gold zu verkaufen, berichtete die „Bild am Sonntag“ unter Berufung auf Regierungs- und SPD-Kreise. Der Erlös von vier bis sieben Milliarden Euro soll in einen Fonds fließen, dessen Zinsen für Forschungsprojekte verwendet würden. In Regierungskreisen wird ein Zinserlös von jährlich 250 bis 300 Millionen Euro erwartet.
Die GEW unterstützte den SPD-Vorstoß, die Goldreserven für Bildungsinvestitionen zu nutzen und für eine „Stiftung Bildung“ einzusetzen. „Aus Gold mach’ Bildung! Warum nicht?“, sagte GEW-Vorsitzende *Eva-Maria Stange* beim Ingolstädter DGB-Neujahrsempfang.

Kopftuchverbot

Muslimische Lehrerinnen an allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg und Niedersachsen sollen schon bald kein Kopftuch mehr tragen dürfen. Die Kabinette in Hannover und Stuttgart beschlossen, ihre Schulgesetze zu ändern. Danach wird das Tragen eines Kopftuchs in der Schule gesetzlich untersagt. Christlich-jüdische Symbole sind von den geplanten Regelungen in beiden Ländern nicht betroffen. In Niedersachsen hat das Parlament die Schulgesetzänderung bereits beschlossen, in Baden-Württemberg steht der Beschluss noch aus. Der frühere Verfassungsrichter *Ernst Wolfgang Böckenförde* warnte die Länder davor, das islamische Kopftuch an Schulen zu verbieten. Er verteidigte damit die Position von Bundespräsident *Johannes Rau*, der sich über die Weihnachtsfeiertage und in einer Grundsatzrede Mitte Ja-

Foto: dpa

nuar entsprechend geäußert hatte. Ein Verbot könne vor dem Grundgesetz nur dann bestehen, wenn es sich auf religiöse Bekundungen aller Bekenntnisse erstrecke, schrieb Böckenförde in der „Süddeutschen Zeitung“. Das Bundesverfassungsgericht hatte im September 2003 entschieden, dass die Länder Lehrerinnen das Tragen eines Kopftuches in der Schule nur auf Grundlage eines Gesetzes verbieten dürften.
Die GEW-Landesverbände Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen haben die Entwürfe zur Novellierung des Schulgesetzes abgelehnt.
Weitere Informationen zur „Kopftuchdebatte“ finden Sie unter: *www.gew.de (Bereich „treff/Diskussionsforum zum Kopftuchurteil“).*

An den Widersprüchen der he

E&W-Gespräch über Gegenwart und Zukunft der Bildungsgewerkschaft

Foto: zplusz

rrschenden Politik ansetzen

Auf der Suche nach dem Morgen . . . das gilt auch für die GEW. Über Handlungsmöglichkeiten und Strategien der Bildungsgewerkschaft sprach die E&W-Redaktion mit der GEW-Vorsitzenden Eva-Maria Stange sowie den Landeschefs von Niedersachsen und Baden-Württemberg, Eberhard Brandt und Rainer Dahlem.

E&W: *Ist der Vormarsch des Neoliberalismus von den Gewerkschaften zu bremsen?*

Eva-Maria Stange: Eine Begriffsklärung zunächst: Zum Neoliberalismus gehört für mich zum einen die Frage der Deregulierung von Arbeitsverhältnissen; zum anderen der Rückzug des Staates aus seiner sozialen Verantwortung. Momentan haben wir weltweit einen Vormarsch des Neoliberalismus oder des Neokonservatismus in der Regierungspolitik, sowohl im internationalen wie im europäischen und nationalen Rahmen. Dieser Trend ist kurzfristig nicht umkehrbar.

Eberhard Brandt: Der Staat beraubt sich durch seine neoliberale Politik selber seiner Einnahmen und behauptet, dass er zu wenig Geld habe, um die öffentlichen Aufgaben zu bestreiten, ob für Schulen oder soziale Sicherungssysteme. Die neoliberale Politik wird ihr Versprechen, es für alle besser zu machen, nicht realisieren können. An diesem Widerspruch müssen wir ansetzen. Trotzdem wird sich diese Politik so lange fortsetzen, bis deutlich wird, dass es sozialpolitische Alternativen gibt.

Stange: Wir dürfen nicht nur die negative Seite der heutigen Politik betrachten. Es gibt sehr wohl politische Entscheidungen, bei denen wir genauer hinschauen müssen, ob sie uns nicht doch nützlich sind. Deregulierung von überregulierten Bereichen etwa, kann auch im Interesse des Einzelnen, kann auch im Interesse der Beschäftigten sein. Abbau von Bürokratie zum Beispiel, verschafft Einzelnen wie Bildungseinrichtungen mehr Gestaltungsmöglichkeiten. Wir müssen uns deshalb genau betrachten, wo soziale Benachteiligung vor allem durch einen Abbau von Regulierungen hervorgerufen wird.

Ein Beispiel: Wenn die Zumutbarkeitsgrenze für Arbeitsverhältnisse fällt, wie jetzt in Deutschland, dann ist das eine Art der Deregulierung, die wir als Gewerkschaften nicht hinnehmen können. Wenn aber andererseits Überregulierungen in staatliche Bereiche fallen und der Einzelne mehr Möglichkeiten bekommt, diese mitzugestalten, sollten die Gewerkschaften solche Spielräume auch nutzen und sie befördern.

E&W: *Wo seht ihr für die GEW sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene aktuell Handlungsspielräumen?*

Dahlem: Ich nenne ein Beispiel. PISA hat als einen zentralen Befund offen gelegt, dass dezentral gesteuerte oder sehr eigenständige Bildungseinrichtungen mit besseren Ergebnissen abgeschnitten haben als zentral gesteuerte. Als Gewerkschaften haben wir in der Vergangenheit immer zentral gesteuerten Systemen den Vorrang gegeben mit der Begründung, dort sei mehr soziale Gerechtigkeit und daher mehr Chancengleichheit gewährleistet. Das war offensichtlich ein Irrtum. Insofern ziehe ich jetzt als Vorsitzender eines Landesverbandes die Konsequenz, mich für mehr Eigenständigkeit von Schulen zu engagieren und mit der Politik auszuhandeln, unter welchen Rahmenbedingungen wir stärkerer Eigenständigkeit von Bildungseinrichtungen zustimmen können.

Stange: Wir haben in Institutionen sehr oft die Situation, dass Verantwortung abgeschoben wird, an andere Lehrkräfte, an die nächste Bildungseinrichtung oder die nächste Hierarchieebene. Hier könnten wir durch Stärkung der einzelnen Einrichtung und ihren Zuständigkeiten auch bessere Mitgestaltung ermöglichen. Auf der anderen Seite brauchen wir für öffentliche Bildung einen verlässlichen und staatlich abgesicherten Rahmen. Beispielsweise darf die Schule im Dorf XY personell nicht schlechter ausgestattet sein als eine Schule in einem wohlhabenden Stadtteil. Ebenso wie die Rahmenbedingungen muss der Staat für gleichen Zugang zur Bildung sorgen. So sollte jedes Kind die Möglichkeit haben, in der Nähe seines Wohnortes eine Kindertagesstätte zu besuchen. Wie diese Kita aber pädagogisch arbeitet, wie sie Aufgaben, Ressourcen verteilt, das sollte ihrer Eigenverantwortung obliegen.

Brandt: Dem stimme ich nicht zu. Die Parole von der Stärkung der Eigenverantwortung bedeutet heute politisch doch etwas anderes: Studierende sollen über Studiengebühren ihr Studium selbst finanzieren. In Hamburg ist die Rede von 2.500 Euro pro Studienjahr. So wird der Slogan „Jeder ist verantwortlich für seine Bildungschancen“ umgesetzt.

Auch bei Fragen der Eigenständigkeit von Schulen sollten wir genauer hinsehen. Wir hatten z.B. in Niedersachsen relativ viel pädagogische Gestaltungsfreiheit. Diese wird von der CDU/FDP-Landesregierung durch neue reglementierende Erlassvorgaben, zentrale Vergleichsarbeiten, Abschlussprüfungen und enge Kernkurrikula eingeschränkt. Unter Eigenverantwortlichkeit versteht die Regierung, Schulen als Wirtschaftsbetriebe zu führen und ihnen die Personalhoheit zu übertragen.

E&W: *Neben der Eigenverantwortung ist das Stichwort Privatisierung ein Sowohl-als-auch-Thema. Beides Bereiche, in den die GEW Notbremsenfunktion hat, sich aber auch handlungsfähig zeigen muss.*

Stange: Zunächst einmal sollte man klar zwischen Privatisierung und Kommerzialisierung differenzieren. So lange eine freie Trägerschaft bei Bildungseinrichtungen nicht damit verbunden ist, dass Eltern- oder Studiengebühren erhoben werden, sondern der Staat oder der Träger ermöglicht, dass jeder Zugang zu dieser Institution hat, ist das für die Gewerkschaft nichts Negatives. Ganz besonders, wenn diese Einrichtung dann noch gute Qualität von Bildung erzielt. Wenn sie aber profitorientiert arbeitet, also sprich Gebühren einnimmt und Gewinne erwirtschaftet, dann sehe ich darin eine Kommerzialisierung, die ich ablehne, weil Bildung zur Ware wird.

Brandt: Bei den Kindertagesstätten ist das Problem doch nicht, dass mit den erhobenen Gebühren Gewinn gemacht wird, sondern dass die Elterngebühren stetig ansteigen. Jetzt, da die kommunalen Zuschüsse weiter reduziert werden, fällt es vielen Familien schwerer, die Gebühren aufzubringen.

Öffentliche Verantwortung in privatisierten Kitas erfordert kostendeckende staatliche Finanzierung und Garantie von anerkannten Bildungszielen.

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit dieser Ausgabe der „Erziehung und Wissenschaft“ starten wir eine Diskussion zur Zukunft der GEW, des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften. In unserem Schwerpunkt leuchten wir die „Innensicht“, die internen Diskussionsstränge aus. In den folgenden Ausgaben veröffentlichen wir Beiträge „mit dem Blick von außen“. Aber auch Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir freuen uns auf Ihre Beiträge.

Ihre E&W-Redaktion

„Wir haben eigentlich in den letzten Jahren einen großen Erfolg erreicht. Bildung steht heute auf der politischen Tagesordnung."

Stange: Die Gebührenfrage ist bei den Kitas keine der Privatisierung, sondern eine Frage ihrer Finanzierung. Gebühren, verhindern den freien Zugang zur Bildung für alle. Das gleiche Problem haben wir bei den Studiengebühren. Die Hochschulen können in staatlicher Hoheit bleiben und dennoch gibt es Studiengebühren.

E&W: *Stichwort Reformbedarf in unserem Bildungswesen. Hier steht die GEW vor einer paradoxen Situation. Viele ihrer Forderungen finden sich mittlerweile auch in der Programmatik der CDU wieder. Schaut man sich aber die Realpolitik an, sieht es ganz anders aus. Da wird nämlich Bildungsabbau betrieben, dass es nur so kracht. Was macht die GEW, wenn sie einerseits bildungspolitische Visionen hat, diese aber im Widerstreit zu den materiellen Interessen ihrer Mitglieder stehen?*

Dahlem: Eines unserer Grundprobleme als GEW besteht sowohl im Bund als auch in den Ländern darin, dass wir bei unseren Verhandlungen in den Landesregierungen keine verlässlichen Partner haben. Insofern befindet sich die GEW in einem schwierigen Konflikt, will sie Reformen nicht auf dem Rücken ihrer Mitglieder vorantreiben. Wir müssen einerseits die fehlenden finanziellen Mittel in den Haushalten für den notwendigen Ausbau von Bildung immer wieder thematisieren, andererseits sind wir als Gewerkschaft verpflichtet, die Interessen unserer Mitglieder auch unter schwierigen Ressourcenbedingungen zu vertreten. Im Klartext heißt das, wenn es z.B. darum geht, Ganztagsschulen einzurichten: Es ist unsere Aufgabe, mit dem Arbeitgeber vernünftige Arbeitsbedingungen für unsere Kolleginnen und Kollegen auszuhandeln.

Stange: Ausbau von Ganztagsschulen ist ein gutes Stichwort. Wir wollen pädagogisch gut gestaltete Ganztagsschulen, die wirklich der Förderung jedes einzelnen Kindes dienen, und keine erweiterte Vormittagsschule mit Mittagstisch. Diese Position teilen viele Eltern mit uns. Wir sind aber auch nicht realitätsfremd und wissen genau, dass sich unsere heutigen Schulen nicht in einer Hauruckaktion in gute Ganztagsschulen verwandeln können. Also Schulen, die wirklich mit 30 Prozent mehr Finanzmitteln ausgestattet sind, die die baulichen Voraussetzungen haben und über ausreichende Personalkapazität verfügen. Von den Landesregierungen wünsche ich mir, dass sie mit uns gemeinsam ein Ausbauprogramm für die nächsten fünf Jahre erarbeiten. Das Gleiche sollte in den Kommunen passieren. Unter solchen Voraussetzungen wäre es für uns wesentlich einfacher, die Kollegen für Ganztagsschulen zu gewinnen.

Brandt: Mit Blick auf Niedersachsen stelle ich allerdings fest, dass wir sehr weit von dieser idealtypischen Situation entfernt sind. Den bestehenden guten Ganztagsschulsystemen an den Gesamtschulen werden Ressourcen entzogen, um stattdessen in der Fläche billige, in der Qualität schlechtere Betreuungsangebote einzuführen. Diese Politik entspricht der Familienpolitik der CDU. Die Union ist der Meinung, dass Ganztagsprogramme nur *familienergänzend* und nicht *familienersetzend* sein sollten. Das ist in unseren Augen ideologischer Plunder aus den 50er-Jahren. Wir wollen Schulen, die einen strukturierten Ganztag und ein integratives pädagogisches Konzept haben. Bei schlechten Modellen – z.B. Schulen mit verlängerter Nachmittagsbetreuung – raten wir den Kollegen, lieber die Finger davon zu lassen. Sonst wird eine gute Idee durch schlechte Praxis diskreditiert.

E&W: *Nun läuft es im politischen Alltag aber nicht idealtypisch. Die Landesregierungen sind oft nicht die verlässlichen Partner, die Mitglieder sehen nicht selten ihre materiellen Interessen im Vordergrund. Wie agiert die GEW, wenn sie von bildungspolitischen Reformen überzeugt ist, aber weiß, sie kann zunächst nicht mit der Zustimmung ihrer Mitglieder rechnen?*

Brandt: Bleiben wir beim Beispiel der Ganztagsschulen. Nur wenn hier Arbeitsplatzinteressen und pädagogisches Konzept übereinstimmen, kann die GEW auch dafür eintreten.

Stange: Eines ist klar: Gegen die Mitglieder sind unsere bildungspolitischen Konzepte nicht durchsetzbar. Wenn es uns nicht gelingt, den Kollegen zu vermitteln, dass die Ganztagsschule ihrer pädagogischen Praxis nützt, dann werden wir sie auch nicht davon überzeugen können, ihre Einrichtung zu einer Ganztagsschule zu entwickeln. Deshalb finde ich das System in Rheinland-Pfalz gut, dass eine Schule nur dann zur Ganztagsschule wird, wenn die Schul- und Lehrerkonferenz zugestimmt hat. Gegenüber der Realpolitik haben wir nur dann eine Chance, wenn wir nach außen überzeugend darstellen können, dass wir einen anderen professionellen Anspruch haben, dass wir Vorstellungen haben, wie bessere pädagogische Konzepte umzusetzen sind. Dafür müssen wir die Eltern als Bündnispartner gewinnen.

E&W: *Wie kann das gelingen?*

Stange: Eltern sollten erfahren, welche Bedingungen tatsächlich an den Schulen ihrer Kinder existieren. Wir müssen ihnen die Schulwirklichkeit transparent vermitteln. Dann werden sie sich auch gemeinsam mit uns dafür engagieren, dass sich in den Kommunen etwas bewegt, dass Schulen zugunsten besserer Bildungschancen, besserer Lernerfolge ihrer Kinder verändert werden.

E&W: *Es hängt viel davon ab, wie sehr es der Organisation gelingt, die Mitglieder für Reformideen zu motivieren. Wie sieht es z.B. mit dem Konzept der individuellen Förderung von Kindern aus? Die PISA-Ergebnis-*

Gew-Chefin Eva-Maria Stange im Gespräch mit den Landesvorsitzenden Rainer Dahlem (Baden-Württemberg) und Eberhard Brandt (Niedersachsen) über das Verhältnis zwischen Gewerkschaft und Regierungspolitik, bildungspolitische Ziele sowie über Konflikte und Strategien im politischen Tagesgeschäft.

Fotos: Günther Helding

se haben deutlich gemacht, wie notwendig diese ist. Aber individuelle Förderung bedeutet zunächst einmal Mehrarbeit. Kann eine GEW diese Reform ihren Mitgliedern so vermitteln, dass sie bereit sind, mitzumachen?

Dahlem: Alle Reformen, die wir als GEW propagieren, müssen wir so kommunizieren, dass damit den Mitgliedern mindestens zwei Ziele klar sind: Erstens, die Leistungsergebnisse an Schulen müssen sich verbessern. Zweitens: Lehrerinnen und Lehrer müssen die Überzeugung gewinnen, dass sie durch Reformen ihre Arbeit besser erledigen können und dass sie dadurch auch Entlastung erhalten.

Brandt: Der Wunsch nach mehr individueller Förderung wird in Niedersachsen gerade durch die Landespolitik konterkariert: Förderstunden werden gestrichen, das selektive System verschärft, die Schulformen stärker voneinander abgeschottet, die Orientierungsstufe wurde abgeschafft. Stattdessen werden in Grundschulen Vergleichsarbeiten eingeführt mit der Folge, dass im dritten Schuljahr die Zahl der Sonderschulüberweisungen zunimmt. Die CDU-Regierung behauptet, dass es für jeden Begabungstyp die richtige Schule gebe. Diese Position steht dem Konzept individueller Förderung diametral entgegen.

Dahlem: In Baden-Württemberg ist dieses Denken noch weiter verbreitet. Das heißt, auch unsere Lehrerinnen und Lehrer haben das gegliederte Schulsystem stark verinnerlicht. Sie handeln vielfach nach dem Grundsatz, wer nicht mitkommt, wird abgestuft. So wird eine „Pädagogik des Wegschickens" produziert, die im Bewusstsein der Lehrer möglicherweise stärker verankert ist als bei ihren Kollegen in Niedersachsen, wo es bekanntlich mehr Gesamtschulen gibt.

E&W: *Mit Blick in die Zukunft: Mit der SPD geht der GEW zurzeit ihr traditioneller politischer Bündnispartner verloren. Soll die GEW jetzt eine Art APO der Bildungspolitik werden?*

Stange: Wir haben eigentlich in den letzten Jahren einen großen Erfolg erreicht. Bildung steht heute auf der politischen Tagesordnung. Und steht selbst beim Bundeskanzler, bei dieser Bundesregierung an erster Stelle ihrer Agenda. Mit der „Initiative Bildung" hatten wir 1994 das Ziel angestrebt, dass Bildung Priorität im politischen Alltagsgeschäft erhalten soll. In der Realität erleben wir aber, dass das konkrete politische Handeln dieser politischen Absichtserklärung zuwiderläuft. Wenn es wichtig ist, in Bildung zu investieren, was fast alle Parteien mittlerweile erklären, dann sollen sie das endlich in der Praxis realisieren. So lange sie das nicht tun, muss die GEW diesen Widerspruch öffentlich machen.

Sehr wohl müssen wir dabei auch Bündnispartner in der Gesellschaft finden und hier versuchen – durchaus im Sinne einer außerparlamentarischen Opposition – mit Gegenmacht auf die Politik Druck auszuüben. Im Übrigen sehe ich darin keinen Gegensatz – als Gewerkschaft außerparlamentarische Opposition zu sein und zugleich parlamentarische Lobbyarbeit zu betreiben und den Dialog mit den Parteien zu führen.

Dahlem: Ein Beispiel aus der Landespolitik: Als die GEW Baden-Württemberg 1995 öffentlich gefordert und dafür auch demonstriert hat, bis zum Jahr 2005 16 000 zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen, weil wir sie als notwendig erachteten, wurden wir öffentlich für verrückt erklärt. Wir haben die Forderung trotzdem gestellt. Wenn ich heute bilanziere, wie viel zusätzliche Stellen in Baden-Württemberg in diesem Zeitraum geschaffen worden sind, sind es 10 000 plus X – und keine einzige ist gestrichen worden. Unsere Strategie war also richtig. Auf der einen Seite öffentlichen Druck zu mobilisieren und gleichzeitig immer den Dialog und die Verhandlungen mit denjenigen zu suchen, die regieren. Als GEW muss man vielleicht sogar hinzufügen, das eine ist notwendig, das andere aber genauso wichtig.

Brandt: In der Frage des großen Erfolgs der GEW möchte ich Eva-Maria entschieden widersprechen. Dass Bildung die Titelseiten der Magazine ziert und Thema Nummer eins ist, stimmt zwar, aber mit welchem Effekt? Die SPD definiert Chancengleichheit neu und plädiert für Elitenförderung. In der Landespolitik in Niedersachsen befürwortete die SPD sogar Gymnasien für Hochbegabte. Die SPD hat sich heute in großen Teilen verabschiedet von ihrem ursprünglichen Anspruch, für Chancengleichheit programmatisch einzutreten. Mit dieser Wende der Sozialdemokraten hat die GEW ein Riesenproblem. Deshalb sehe ich die Chance der GEW eher darin, dass sie sich zu einer wirklichen außerparlamentarischen Kraft entwickelt als Teil einer sozialen Bewegung, die die Parteien und Regierungen zu reagieren zwingt.

Stange: Bildungspolitik wird im Wesentlichen in diesem Land von den Regierenden gemacht. Doch wir sollten unsere Erfolge, auch wenn es nur Teilerfolge sind, nicht kleinreden. Wir haben die *Initiative Bildung* gestartet, weil Bildung in dieser Gesellschaft kein Thema war. Zehn Jahre später ist Bildung sehr wohl eines geworden. Nicht nur wegen PISA. Und diese Bundesregierung hat immerhin vier Milliarden Euro für den Ausbau von Ganztagsschulen zur Verfügung gestellt. Auch bei dem Ausbau der Kindertagesstätten waren wir nicht erfolglos. Zum ersten Mal steht heute in Papieren der SPD-Bundestagsfraktion, dass Bildung *vor* der Schule beginnt.

Dahlem: Außerparlamentarische Opposition ist ja in manchen Situationen notwendig, aber es darf nicht soweit gehen, polemisch gesagt, dass sich die GEW zu einer *Widerstandsgruppe* entwickelt. Ich will, dass wir die starke bildungspolitische Kraft bleiben, die wir in der Vergangenheit waren, und wenn es geht, sogar noch stärker werden. Wir haben in den letzten zwei Jahren bildungspolitisch durchaus etwas erreicht. Wir haben einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet, dass die bildungspolitische Debatte heute in der Öffentlichkeit relativ differenziert geführt wird.

Unser Kernproblem als GEW: Die konservativ regierten Länder betreiben eine relativ konsequente „in sich stimmige" Bildungspolitik nach ihrem politischen Grundverständnis. Dieser konservativ geprägten Bildungspolitik, die in Bayern und Baden-Württemberg vorexerziert wird, haben die Sozialdemokraten bis jetzt nichts Adäquates entgegenzusetzen.

E&W: *Wie kann die GEW stärker und damit durchsetzungsfähiger werden?*

Dahlem: Wir werden dann stärker, wenn wir mehr Mitglieder gewinnen. Und mehr Mitglieder gewinnen heißt in der aktuellen Situation natürlich vor allem, junge Mitglieder anzusprechen, die zu den Problemen, mit denen wir uns als GEW traditionell auseinander setzen, oftmals einen anderen, oft viel pragmatischeren Zugang haben. Deshalb glaube ich, dass wir in unserer praktischen Politik Forderungen und Chancen für deren Realisierung näher zueinander bringen müssen. Mit anderen Worten: Wir müssen vor allem Forderungen formulieren, die für die aktuelle Situation vor Ort relevant sind und bei denen erkennbar wird, dass wir damit die Arbeitsplatzinteressen unserer Mitglieder vertreten.

Helga Haas-Rietschel und Ulf Rödde haben das Gespräch moderiert.

Buchtipp: *Das neue Handbuch von Wolfgang Schröder und Bernhard Wessels bietet Basisinformation zu den Gewerkschaften und analysiert ihre Zukunft.*
Wolfgang Schröder, Bernhard Wessels (Hrsg.): Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch, Wiesbaden 2003, Westdeutscher Verlag, 42,90 Euro.

„Bei schlechten Ganztagsmodellen ... raten wir den Kollegen, lieber die Finger davon zu lassen."

„Es ist unsere Aufgabe, mit dem Arbeitgeber vernünftige Arbeitsbedingungen für unsere Kolleginnen und Kollegen auszuhandeln."

Foto: zplusz

Gegenmacht durch Gestaltungskraft

Zukunft der GEW: Visionen und Tagesgeschäft verbinden

Wie die anderen Gewerkschaften steht auch die GEW vor einem Dilemma: Die Mitglieder erwarten einerseits deutliche Kritik am derzeitigen Sozialabbau, andererseits soll die Organisation sich gesprächsbereit zeigen und nicht als „Blockierer" auftreten. GEW-Vorsitzende Eva-Maria Stange beschreibt in ihrem Beitrag Konfliktlinien, aber auch Chancen.

Die gegenwärtige gesellschaftliche Situation ist weltweit gekennzeichnet vom aggressiven Vormarsch des Rechtskonservatismus, gestützt durch globales Finanz- und Wirtschaftskapital. Der Staat wird auf das „Kerngeschäft" reduziert und verarmt auf Grund fehlender Steuereinnahmen. Keine Partei setzt diesem Prozess in Deutschland erkennbar Widerstand entgegen. Die herrschende Politik scheint alternativlos. Gewerkschaften werden in die Enge getrieben und als Innovationsbremse verunglimpft, um den in ihren Reihen noch vorhandenen Widerstand zu zermürben. Die Gewerkschaften – auch die GEW – sind verunsichert: Die Mitglieder erwarten einerseits entschiedenen Widerstand gegen soziale Verschlechterungen, andererseits vorbehaltloses Verhandeln. Wie groß die Zerreißprobe für die Gewerkschaften ist, hat u.a. der IG-Metall-Konflikt gezeigt.

Aber auch innerhalb der GEW gibt es die, die austreten, weil sie von uns entschiedeneren Widerstand gegen die AGENDA 2010 - bis hin zum Generalstreik - erwarten. Andere fordern uns auf, Veränderungen nicht zu blockieren und uns mit eigenen Konzepten an der Lösung der Probleme zu beteiligen. Beides ist schwer miteinander zu vereinen: Gegenmacht oder Gestaltungskraft? Gegenmacht gegen einen neoliberalen Trend, der keine nationalen Grenzen kennt, der auch von den Medien als modern und innovativ propagiert wird. Ein Trend, der auch von vielen Mitgliedern als notwendig akzeptiert wird: Wenn kein Geld da ist, müssen wir eben Opfer bringen. Opferbereitschaft, Existenzangst und Pragmatismus mischen sich und schwächen die andererseits geforderte Mobilisierungsbereitschaft. Gegen eine „Neue soziale Marktwirtschaft", die auf Deregulierung und Lohnsenkung setzt, haben die Gewerkschaften nur eine Chance, wenn sie ein national und international klar erkennbares Profil als soziale gesellschaftliche Kraft aufzeigen. Für Arbeit, Bildung und soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft, national und international sowie zwischen den Generationen, dafür gilt es, eigene Reformprogramme zu entwickeln. Wir werden den neoliberalen Trend des Sozial- und Lohndumpings, der Deregulierung der Arbeitsverhältnisse, der weiteren Verschärfung der sozialen Ungleichheit im Bildungssystem sowie der ungleichen Lastenverteilung im Steuersystem nur *bremsen* können, wenn es uns gelingt, Ursachen aufzuzeigen, unsere Konzepte überzeugend zu kommunizieren und Bündnispartner dafür zu gewinnen. Allerdings muss der Kampf um eine bessere Welt in Relation zu den Tagesaufgaben stehen. Denn die Mitglieder verlangen zu Recht die Lösung ihrer aktuellen Probleme - und zwar heute.

Lösung für aktuelle Probleme

Die Gewerkschaften – auch die GEW – sind zuallererst für die Vertretung und Wahrnehmung der Interessen ihrer (potenziellen) Mitglieder verantwortlich. Da diese nicht unabhängig von den gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen sind, muss sich die GEW in die aktuelle Auseinandersetzung um die Zukunft des Staates und der Sozialsysteme ebenso einmischen wie in die internationalen Verhandlungen zu Handelsliberalisierung im Dienstleistungsbereich.

Doch es reicht nicht aus, eine bessere Welt einzufordern und auf die Zukunft zu verweisen, wenn den Mitgliedern *heute* die Arbeitszeit verlängert und das Gehalt gekürzt wird oder gar der Arbeitsplatz bedroht ist. Die Angriffe und die Zerschlagung des einheitlichen Dienst- und Tarifrechts ist eine aktuelle Bedrohung für die Beschäftigungsbedingungen der Mitglieder. Dies abzuwehren und eigene Konzepte z.B. für ein Tarifrecht angestellter Lehrkräfte oder in Hochschulen zu entwickeln, fordert unsere Kräfte auf allen Ebenen. Hinzu kommt, dass innerhalb der GEW die Diskussion über die Gestaltung solidarisch finanzierter Sozialsysteme (z.B. Bürgerversicherung), die Einbeziehung der Beamten in die Rentenversicherung

oder gar die Arbeitsteilung zwischen Festangestellten und Honorarkräften ganz am Anfang steht und nicht widerspruchsfrei ist. Auch müssen wir unterscheiden zwischen notwendigen Veränderungen zum Erhalt des Sozialstaates und zur Stärkung öffentlicher und individueller Verantwortung einerseits und andererseits Marktwirtschaft pur, die allein der Profitmaximierung einiger weniger dient.

Gestaltungskraft zeigen

Die GEW hat nur eine Chance als Gegenmacht, wenn sie auch glaubhaft Gestaltungskraft für eine bessere Bildungspolitik aufzeigt. Es gibt derzeit wohl kaum ein Politikfeld, in dem die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit so weit auseinander driftet wie in der Bildungspolitik. Wir haben die vergangenen Jahre, insbesondere nach PISA, intensiv genutzt, um unsere bildungspolitischen Positionen in die Politik einzubringen: Umsetzung des gleichen Rechts auf Bildung für Jede und Jeden in öffentlich getragener Verantwortung verbunden mit demokratischen Beteiligungsrechten sowohl für die Teilnehmer in den Bildungseinrichtungen wie für die Beschäftigten. Ganztagsschulen, Ausbau der frühkindlichen Bildung, individuelle Förderung, tarifvertragliche Regelungen im Hochschulbereich, Bundesrahmengesetz Weiterbildung usw. sind nur einige Beispiele für unsere Vorschläge. Viele unserer Forderungen finden sich heute wieder in Partei- und Regierungspapieren. Doch die Wirklichkeit in den Bildungseinrichtungen ist noch weit von einer Realisierung entfernt. Vollmundigen politischen Erklärungen stehen Haushaltskürzungen gegenüber. Einerseits Eliteuniversitäten andererseits Kürzungen an den Unis. Diese Diskrepanz müssen wir öffentlich machen und Bündnispartner (Eltern, Schüler, Studenten, Gewerkschaften, Sozialverbände, Teile der Wirtschaft u.a.) gewinnen.

Image als Reformkraft

Die GEW hat bundesweit an Image als Reformkraft gewonnen, auch weil sie Entwicklungen nicht nur abgelehnt hat (z.B. nationale und internationale Evaluierungen, Bildungsstandards, berufliche Kompetenzzentren), sondern aktiv an einer positiven Gestaltung mitwirkte.

Unterstützung erwartet

Viele Mitglieder wollen gute pädagogische oder wissenschaftliche Arbeit leisten und erwarten von ihrer Gewerkschaft hier und heute Unterstützung dabei. Erzieherinnen, Lehrer, Doktoranden, Honorarkräfte erwarten konkrete Hilfe am und für den Arbeitsplatz – Rechtsberatung, professionelle Fortbildungsangebote, Supervision etc. Sie wollen Unterstützung bei der Gestaltung der Ganztagsschule, bei der Umsetzung des Bildungsauftrags in der Kita, bei der Erstellung eines Schulprogramms oder beim Umgang mit Globalhaushalten.

Schon heute bieten Landesverbände Fortbildungsveranstaltungen für bestimmte Zielgruppen an. Könnten wir das nicht professioneller z.B. in einer eigenen Fortbildungsakademie der GEW bündeln?

Die Dezentralisierung von Entscheidungen hin zur Stärkung der Verantwortung der Einzeleinrichtung kann man noch lange bekämpfen, man könnte sie aber auch mit gewerkschaftlichen Mitteln gestalten, z.B. durch die Stärkung der Personalräte an den Schulen, die Fortbildung für Leitungspersonal, durch Vorschläge zur Arbeitszeitgestaltung an der einzelnen Einrichtung im Rahmen eines vereinbarten Modells.

Die Gewerkschaftsarbeit vor Ort müsste dazu gestärkt werden. Betriebsgruppenarbeit und neue Formen der Beteiligung könnten unsere Antwort auf die Dezentralisierung sein und gleichzeitig der Stärkung unserer gewerkschaftlichen Arbeit dienen. So gelänge es vielleicht auch, den dringend notwendigen Mitgliedernachwuchs zu gewinnen. Mehr als 300000 junge Lehrkräfte, Erzieherinnen und Hochschulbeschäftigte werden in den nächsten zehn Jahren in den Einrichtungen eingestellt. Es ist an uns, sie für unsere gewerkschaftlichen Ziele aktiv zu gewinnen. Wie gut uns das gelingt, davon wird auch die Durchsetzungskraft der GEW im kommenden Jahrzehnt abhängen.

Eva-Maria Stange

Cartoons: Thomas Plaßmann

ADAC der Arbeitswelt oder mehr?

Auf der Suche nach neuen Konzepten und Werten

Der sozioökonomische Wandel, die Vielfalt und Differenz von Lebens- und Arbeitsformen erfordert von den Gewerkschaften eine tief greifende Um- und Neuorientierung. Doch entgegen populistischen Gewerkschaftskritikern werden diese in der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts keineswegs überflüssig. Im Gegenteil: Sie sind notwendiger denn je, stellen Ute Klammer (Referatsleiterin für Sozialpolitik am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung) und Reiner Hoffmann (Stellvertretender Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes in Brüssel) in ihrem Beitrag fest.

Die Gewerkschaften sind – trotz mancher Schwächen – nicht *die* Reformbremser und Besitzstandsverteidiger. Sie haben zukunftsweisende Konzepte zur Weiterentwicklung der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Tarifpolitik entwickelt, die in der öffentlichen Debatte allerdings häufig ignoriert werden. Auch ist nicht zu verkennen, dass sie sich de facto wie kaum eine gesellschaftliche Organisation in den letzten Jahrzehnten gewandelt haben. So sind die Tarifverträge inzwischen wesentlich flexibler und anpassungsfähiger als ihr Ruf bzw. als die Wahrnehmung derjenigen Kritiker, die notorisch die Starrheit des Flächentarifvertrags beklagen. Doch bislang fehlt den Gewerkschaften eine überzeugende Gesamtstrategie.

In welche Richtung sollen sich die Gewerkschaften angesichts der bekannten Herausforderungen zukünftig bewegen, damit sie nicht überleben, sondern auch ihre politische Gestaltungskraft erhalten? Hier zeichnen sich mehrere Handlungsfelder mit unterschiedlichen Fragen und Strategien ab, über die bisher auch in der gewerkschaftsinternen Diskussion kein Konsens besteht.

- Sollen sich die Gewerkschaften weiter auf die Organisation von Solidarität konzentrieren oder sollen sie ihren Schwerpunkt auf die Bereitstellungen von Dienstleistungen für ihre Mitglieder („ADAC der Arbeitswelt“) verlagern?
- Lassen sich unterschiedliche Beschäftigtengruppen überhaupt differenziert in einer nach wie vor einheitlichen Organisation vertreten? Tragen die Gewerkschaftsfusionen der letzten Jahre dazu bei, neue Arbeitnehmergruppen zu binden?
- Sollten die Gewerkschaften weiter den Weg einer institutionellen Einbindung und der Übernahme öffentlicher Funktionen (z.B. im Rahmen der Selbstverwaltung der Sozialversicherungen) gehen, oder sollten sie sich stärker als soziale Bewegung begreifen und in diesem Feld ihre Bündnispartner suchen?
- Können die Gewerkschaften ihr Handeln auch zukünftig überwiegend national ausrichten oder müssen sie sich verstärkt inter- und supranational orientieren?

Die angesprochenen Wege sind keine sich ausschließenden Alternativen, wohl aber Aspekte, die eine Neuorientierung mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung erforderlich machen. So werden die deutschen Gewerkschaften zweifellos weiterhin ihr ureigenes Gebiet kollektiver Lohnverhandlungen verfolgen, während sie allerdings *gleichzeitig* – wohl stärker als in der Vergangenheit – Dienst- und Schutzleistungen „rund um das Arbeitsverhältnis“ für ihre Mitglieder anbieten müssen. So wenig, wie die Aushandlung von Tarifverträgen alleine heute Menschen bewegt, in der Gewerkschaft zu bleiben oder ihr gar beizutreten, so wenig wäre denkbar, dass sich die Gewerkschaften künftig ohne Sinnstiftung und gemeinsame Werte als reine Dienstleistungsanbieter auf dem großen Markt der Dienstleister behaupten könnten.

Akzeptanz der Vielfalt

Die Arbeitswelt ist vielfältiger, auch brüchiger geworden. Zwar haben fle-

xible Arbeitsverhältnisse und Diskontinuitäten in der Berufsbiografie in der gesamten Erwerbsbevölkerung bisher durchaus nicht so stark zugenommen wie häufig angenommen. Bestimmte Gruppen des Arbeitsmarktes – vor allem Niedrigqualifizierte und Jüngere, hat die Flexibilisierung bereits zu einem hohen Grad erreicht. Gewerkschaften stehen vor dem Dilemma, dass die größere Öffnung für eine Vielfalt von Beschäftigtengruppen mit unterschiedlichen Erwerbssituationen und unterschiedlichen Interessen in und jenseits der Erwerbsarbeit die Gefahr birgt, sich von den Interessen ihrer Kernmitgliedschaft zu entfernen. In diesem Konflikt stellt sich für die Gewerkschaften die zentrale Aufgabe, der alten Idee der „Solidarität" ein neues Gesicht zu geben und Solidarität als *Engagement für die Verbesserung und Entfaltung von individuellen Lebenslagen und Interessen innerhalb eines übergreifenden Interessenverbundes* zu verstehen. Neue Formen der Arbeitsorganisation, z.B. Team- oder Gruppenarbeit, bedürfen der tariflichen Regulierung. Erwerbstätigengruppen wie arbeitnehmerähnliche Selbständige oder der neue Typ des „Arbeitskraftunternehmers", der sich über herkömmliche tarifvertragliche Regelungen kaum erfassen lässt, müssen stärker als bisher angesprochen werden. Die Arbeitsbedingungen und Interessen von Teilzeit- oder befristet Beschäftigten sind weiter zu ermitteln, die Interessen von Arbeitslosen stärker zu berücksichtigen. Für diese potenziellen Mitgliedergruppen müssten auch Vorleistungen erbracht werden.

Dazu gehört, dass dem jeweiligen Stellenwert von Erwerbsarbeit im Leben und möglichen Konflikten zwischen Erwerbsarbeit und anderen Lebensbereichen eine hohe Bedeutung bei der Gestaltung der Arbeitswelt eingeräumt wird. Eine verstärkte Berücksichtigung von sozialen und familiären Interessen wird unter den Stichworten der „Vereinbarkeit" oder „Work-Life-Balance" vor allem von vielen Frauen in den Gewerkschaften seit jeher angemahnt.

Um unterschiedliche Gruppen von Beschäftigten und (zeitweilig) nicht Beschäftigten zu erreichen und für die Gewerkschaften zu gewinnen, reicht es aber nicht aus, sich deren jeweiligen Beschäftigungsformen und Lebenssituation anzunehmen.

Wie die Forschung zum ehrenamtlichen Engagement gezeigt hat, ist an die Stelle dauerhafter Mitgliedschaft in Großorganisationen verstärkt das temporäre und mit punktuellen Interessen verbundene Engagement getreten. Wichtig wäre in diesem Zusammenhang die Öffnung der Gewerkschaften für neue Formen der Mitgliedschaft, z.B. die Einführung einer Gewerkschaftsmitgliedschaft auf Zeit, und der Partizipation, z.B. in Form von projektförmiger Kooperation. Eine Entbürokratisierung und Entformalisierung der gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen könnte entsprechende Mitgestaltung und -wirkung erleichtern.

Klare Positionen

„Umverteilung" gilt in der politischen Debatte zurzeit als *out* und Idee der Ewiggestrigen. Gerechtigkeit wird in der Politik, ganz nach dem Vorbild der USA, nur noch auf den Aspekt der Chancen- und Zugangsgerechtigkeit reduziert.

„Der Idee der „Solidarität“ ein neues Gesicht geben: Solidarität als Engagement für die Verbesserung und Entfaltung von individuellen Lebenslagen und Interessen innerhalb eines übergreifenden Interessenverbundes.“

Faktisch kann jedoch von der Realisierung nicht die Rede sein. Im Gegenteil: Auch wenn in Einzelfällen ein Missbrauch von Sozialleistungen geschieht, zeigen die steigenden staatlichen Ausgaben für einkommensausgleichende Sozialleistungen – z.B. im Bereich der Sozial- oder Arbeitslosenhilfe – doch vor allem, dass die ökonomische Verteilungsschere weiter auseinander driftet. D.h. ein wachsender Teil der Bevölkerung erzielt, aufgrund des tatsächlichen Mangels an Arbeitsplätzen oder aufgrund von unzureichender Kinderbetreuung, zeitweilige ohne kollektive Unterstützung keinen ausreichenden Lebensunterhalt. Gesellschaftliche Teilhabe ist so kaum mehr möglich.

Die Gewerkschaften werden daher nicht umhinkommen, sich in dieser sozial- und verteilungspolitischen Debatte klar zu positionieren und mit eigenen Konzepten und Wertvorstellungen zu überzeugen. Wenn der Grundgedanke der Solidarität noch einen Inhalt haben soll, führt nach wie vor kein Weg am Gerechtigkeitsbegriff des englischen Philosophen *John Rawls* vorbei, für den der Maßstab solidarischen Handelns die Auswirkung der Politik auf das schwächste Mitglied ist. Eine solche Orientierung steht stärkerer Eigenverantwortung keinesfalls entgegen. Sie blockiert auch nicht den Umbau der monetären Sozialleistungssysteme. Vielmehr betont sie den Bedarf eines breiten Zugangs in der Gesellschaft zu den staatlich organisierten Sozialsystemen (Stichworte: Erwerbstätigen-/Bürgerversicherung) und an der Existenz mindestsichernder Leistungen. Während Leistungen, die die Aufrechterhaltung eines höheren Lebensstandards sichern sollen, stärker in die Verantwortung der tariflichen und betrieblichen Akteure sowie des Einzelnen übergehen könnten. Gerade in der Mitgestaltung einer neuen Aufgabenverteilung zwischen Gesetz, Tarifvertrag und betrieblicher Umsetzung im Bereich sozialer Sicherung, die den veränderten Realitäten Rechnung trägt, stellt sich den Gewerkschaften und den Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben eine zunehmend wichtige Aufgabe. Zukunftsweisende sozialpolitische Konzepte müssen die biografische Perspektive und die Geschlechterperspektive stärker in den Blick nehmen und Antworten auf ungewollte – oder auch gewollte – Diskontinuitäten im Lebensverlauf geben, aber ebenso neue Wünsche von Beschäftigten, etwa bei der Kombination von Erwerbstätigkeit mit Bildungs-, Betreuungs- oder Erholungszeiten mit bedenken. Welche Erwerbsunterbrechungen oder Tätigkeitskombinationen hier gesellschaftlich zu subventionieren sind (und welche nicht mehr!) ist zu diskutieren.

Während z.B. die Weiterführung der Frühverrentung über den Weg der

Der vollständige Artikel von Ute Klammer und Reiner Hoffmann ist in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ der Bundeszentrale für politische Bildung (B 47-48/2003) erschienen. Das Schwerpunktheft beschäftigt sich mit der „Zukunft der Gewerkschaften“.

Altersteilzeit, über das „Blockmodell“, nicht zuletzt in Hinblick auf die Vorgabe der EU fragwürdig erscheint, spricht viel für eine subventionierte Elternteilzeit. Diese Umorientierung ist allerdings mit der Aufgabe verbunden, die Arbeitsbedingungen so umzugestalten, dass ein späterer Renteneintritt tatsächlich erfolgen kann und ältere Beschäftigte ihren Arbeitsplatz nicht vorher wegen Entlassung oder Berufsunfähigkeit verlieren.

Bei der Ausgestaltung inhaltlicher Konzepte zur Sozial-, Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik wird die öffentliche Akzeptanz stark davon abhängen, ob es dem DGB gelingt, die jeweiligen Positionen und Interessen seiner Mitgliedsorganisationen zusammenzuführen und zu bündeln.

Gewerkschaften werden nach wie vor gebraucht, und zwar mehr denn je: zur Vertretung und Unterstützung der abhängig Beschäftigten auf einem Arbeitsmarkt, der national und international durch steigende Macht-Asymmetrie gekennzeichnet ist, als Partner von Politik und Unternehmen bei der Regulierung der Arbeitsbeziehungen und im politisch-sozialen Konfliktmanagement. Aber auch als gesellschaftliche Kraft, von der übergreifende Ideen zur Ausgestaltung der Arbeits- und Lebenswelt eingebracht werden. Um hier zu überzeugen, müssen sie allerdings zu einem umfassenderen Verständnis von Arbeit und Leben sowie zu einem neuen Verständnis von Solidarität zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen gelangen. Das wird nicht ohne Bündnisse möglich sein und schließt neue Regelungen auf lokaler, regionaler, nationaler, vor allem auch europäischer und internationaler Ebene mit ein.

Ute Klammer / Reiner Hoffmann

Keine Reformbremse

Die GEW als Mitmachgewerkschaft?

Was wollen jüngere Kolleginnen und Kollegen von der GEW? Mutmaßungen von Michael Hirn.

Auf diese Frage gibt es keine eindeutigen Antworten. Sicher ist nur, dass das Paradigma der „Mitmachgewerkschaft“ als Motivation nicht ausreicht, jüngere Kollegen davon zu überzeugen, in die GEW einzutreten oder hier sogar mitzuarbeiten. Wenn die Möglichkeit, auf innergewerkschaftliche Meinungsbildungsprozesse einwirken bzw. sie mitzugestalten, als zentrales Argument zur Mitarbeit und Mitgliedschaft in der GEW genannt wird, halte ich das für einen Trugschluss. Zweifel ist auch gegenüber der in Funktionärskreisen gelegentlich vorherrschenden Meinung angebracht, das geringe Engagement der Mitglieder liege im Fehlen passender Angebote begründet. Erklärungen nach dem Motto: „Irgendwie hat wohl keiner die Einladung zur Fachgruppensitzung bekommen – oder warum sind heute so wenige gekommen?“, gehen am Problem vorbei.

Serviceangebot erwartet

In der gesellschaftlichen Diskussion werden Gewerkschaften häufig als konservative Organisationen beschrieben, die sich die Besitzstandswahrung für ihre Mitglieder auf die Fahnen geschrieben haben. Und es ist ein Allgemeinplatz, dass diese Stimmungsmache in den Medien die Entscheidung, Mitglied zu werden oder zu bleiben, nicht erleichtert. Dazu kommt, dass viele jüngere Kollegen mit einer einseitig an Reformkritik orientierten GEW-Politik nicht einverstanden sind.

Unterschiedliche Ansprüche

Die Jüngeren in der GEW haben m.E. unterschiedliche Ansprüche an die Organisation. Zum einen erwarten sie von der Gewerkschaft ein Angebot zur Bewältigung der beruflichen Herausforderungen: Fortbildungs- und Beratungsangebote, Materialbörsen, Kontakt zu erfahrenen Kollegen, Supervision für Berufseinsteiger usw. Dieses Interesse hat zunächst nichts damit zu tun, dass sie sich in und für die GEW engagieren wollen und darf nicht als „Dienstleistungsmentalität“ verunglimpft werden.

Zum anderen gibt es Kollegen, die sich bildungspolitisch engagieren wollen. Manche haben eher Interesse an regionalen, andere an übergreifenden Themen. Es gibt Mitlieder, die stärker an inhaltlich auf den Arbeitsplatz bezogenen Themen interessiert sind (z.B. Aufbau einer Lernwerkstatt mit Unterstützung der GEW), andere wollen an bildungspolitischen Themen mitarbeiten. Diese Kollegen sehen sich oft mit starren Gremien konfrontiert, was nicht zur Mitarbeit motiviert.

Und zum Dritten besteht bei vielen das Interesse, Mitglied einer Organisation zu sein, weil man sie für eine kompetente Interessenvertretung hält, die auf Bundes- und Landesebene bildungspolitische Entwicklungen mitgestaltet. Ih-

Foto: privat

Michael Hirn, geb. 1968, war einige Jahre Mitglied im Bundesausschuss Junge GEW, ist zurzeit stellvertretender Landesvorsitzender in Baden-Württemberg und arbeitet dort u.a. im Bereich Junge GEW.

„Wenn die GEW attraktiv für Jüngere sein will, muss sie Inhalte und Sitzungsrituale hinterfragen."

re Gewerkschaft soll selbstverständlich Kritik kompetent vortragen – sie soll aber keine *Reformbremse* sein.

Keine starren Strukturen

Unterschiedliche Ansprüche also, denen die GEW differenziert gerecht werden muss. Attraktive Serviceangebote für Jüngere sollten selbstverständlich in den Programmen der GEW auftauchen. Und natürlich wird es auch in Zukunft Kolleginnen geben, die sich in die Arbeit der GEW einbringen und die Inhalte mitgestalten wollen. Für diese sollten allerdings Formen des Engagements außerhalb starrer Strukturen mit langen Wahlperioden, unbeweglichen Gremien mit für Außenstehende undurchschaubaren Kompetenzzuordnungen gefunden werden. Auch hat eine regional und inhaltlich bis auf die unterste Ebene durchdifferenzierte Organisationsstruktur vermutlich keine Zukunft. Denn in wenigen Jahren, wenn viele der derzeitigen Funktionäre in Ruhestand gehen, wird es wohl kaum gelingen, die Strukturen in gleicher Weise fortzuführen. Wenn in der GEW darüber diskutiert wird, wie sich die Organisation als eine attraktive Gewerkschaft für die junge Generation darstellt, muss sie Inhalte und Sitzungsrituale hinterfragen.

Vor allem muss die GEW aber als eine sachlich überzeugende und reformfreudige Interessensvertretung auftreten. Auf der lokalen Ebene vor Ort sollten GEW-Personalräte kompetente und engagierte Ansprechpartner bei Problemen am Arbeitsplatz sein. Auf Landesebene hat die GEW die Aufgabe, die Bildungspolitik des Landes zwar kritisch, aber doch konstruktiv zu begleiten. Mit der permanenten Ablehnung von Reformen des Arbeitsalltags ist bei Jüngeren kein Blumentopf zu gewinnen. Selbst wenn die gewerkschaftliche Kritik an unzureichenden Ressourcen und mangelhafter Planungen der Landespolitik berechtigt ist, verlangen viele Kollegen eine konstruktive Mitwirkung bei Reformen des Bildungswesens. Und auf Bundesebene wollen die Jungen von der GEW, dass sie sich als gestalterische und ideengebende Kraft in die politischen Diskussionen einmischt. Nicht zuletzt hat die GEW eine gesellschaftspolitische Aufgabe, nämlich an Modellen für eine chancengerechtere Gesellschaft mitzuwirken. *Michael Hirn*

EU-Erweiterung schon vollzogen

Bildungsgewerkschaften in Europa

Mit der Aufnahme der Bildungsgewerkschaften aus den zehn Beitrittsländern als ordentliche Mitglieder hat die Generalversammlung des Europäischen Gewerkschaftskomitees für Bildung und Wissenschaft (EGBW) im Dezember 2003 die EU-Erweiterung schon Monate im Voraus vollzogen.

„Nun kommt es darauf an", so *Eva-Maria Stange* auf der Versammlung in Luxemburg, „die 25 neuen Gewerkschaften in die Alltagspraxis der EU-Arbeit mit einzubeziehen und nicht nur die Probleme, sondern auch die Chancen zu sehen, die uns unsere Nachbarn mit ihren Erfahrungen und Traditionen mitbringen."

Gemeinsame Gremien

Noch eine weitere „Fusion" wurde vorab vollzogen: die europäische Integration der Bildungsgewerkschaften des (christlichen) Weltverbandes WCT in die europäische „Familie" der Bildungsinternationale (BI). In der neuen gemeinsamen Struktur, der „Pan-Europäischen Konferenz der BI", in der das EGBW eine eigene, EU-bezogene Rolle spielen wird, versammeln sich nun von Island bis zum Kaukasus über elf Millionen Beschäftigte im Bildungswesen. Damit die Pan-Europäische BI und die EGBW-Strukturen nicht parallel arbeiten, gibt es einen gemeinsamen Präsidenten – Doug Mc Avouy von der englischen Bildungsgewerkschaft – und gemeinsame Gremien. Als einer der sechs Vizepräsidenten wurde als Kandidat der GEW *Christoph Heise* mit hoher Stimmenzahl gewählt.

Besonders beschäftigt hat die Versammlung eine Entwicklung, die nicht an EU-Grenzen Halt macht: Lehrerversorgung, Lehrermangel und Mobilität. Die dazu verabschiedete Resolution ist auf Deutsch beim GEW-Hauptvorstand abrufbar, ebenso eine Entschließung zur beruflichen Bildung in Europa. *hei*

Kinder im Süden lesen und leben besser

Nüchtern betrachtet: IGLU – Vergleich einiger Bundesländer

„Kinder im Süden lesen besser", titelte die FAZ triumphierend – einige Tage bevor die Ergebnisse des IGLU-Bundesländervergleichs Ende Januar in Berlin offiziell bekannt gegeben wurden. Und in der Tat: Bayern und Baden-Württemberg haben die Nase bei IGLU vorne. Allerdings nur knapp, wenn man von Bremen absieht, das weit abgeschlagen ist. Im internationalen Maßstab haben die Grundschulen gut abgeschnitten. Allerdings: Schon in der Grundschule werden soziale Ungleichheiten verstärkt, die Lesekompetenz zu vieler Schüler ist am Ende von Klasse vier zu schlecht.

Was sind die Fakten? Einige Bundesländer haben ihre Stichproben im IGLU-Test so erweitert, dass ein repräsentativer Ländervergleich möglich wurde: Es sind dies Bayern, Baden-Württemberg, Brandenburg (nur Lesefähigkeit), Bremen, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Thüringen hatte zwar ebenfalls die Stichprobe erweitert – allerdings nicht nach repräsentativen Gesichtspunkten. Ein kompletter Ländervergleich war nie beabsichtigt – wie ergiebig ein solch unvollständiger Vergleich ist, sei dahingestellt. Sicher ist, dass er sich für südliches Triumphgeheul und arrogantes Gebaren nicht sonderlich gut eignet. Das gute Abschneiden Hessens muss der rot-grünen Vorgängerregierung angerechnet werden.

Das IGLU-Länderranking zur Lesefähigkeit weist einige Verschiebungen gegenüber den PISA-Ergebnissen auf. Bei den Grundschulen liegt Baden-Württemberg mit 549 Punkten diesmal drei Punkte vor Bayern und fünf vor Hessen, das jetzt vor Nordrhein-Westfalen rangiert. Diese Unterschiede sind praktisch nicht bedeutsam. Nordrhein-Westfalen liegt 18 Punkte hinter Baden-Württemberg zurück, was etwa einem Rückstand von zwei Monaten Unterrichtszeit entspricht. Bei Brandenburg sind es 23 Punkte und bei Bremen erschreckende 42. Bis auf Bremen und Brandenburg liegen die beteiligten Bundesländer also nah beieinander. Baden-Württemberg, Bayern und Hessen holen im internationalen Vergleich deutlich zu den Spitzenländern Schweden, Niederlande und England auf. Mit unseren Grundschulen, der einzigen integrativen Schulform in Deutschland, brauchen wir uns nicht zu verstecken.

In Mathematik und den Naturwissenschaften ist der Vorsprung Baden-Württembergs vor Bayern und Hessen mit mehr als zehn Punkten weitaus deutlicher. In den Naturwissenschaften erreicht Baden-Württemberg 576 und in Mathematik 565 Punkte. Insgesamt stellt sich angesichts dieser Ergebnisse die Frage, ob Bayern in der PISA-Studie nicht doch aufgrund einer fehlerhaften Stichprobe deutlich überbewertet worden ist. Der Essener Bildungsforscher *Klaus Klemm* hat mehrfach auf diese Möglichkeit hingewiesen.

Beängstigend: Befund Bremens

Die bekannten Probleme – bereits am Ende der Grundschule zu große Risikogruppen, soziale und ethnische Benachteiligung, ungerechte Übergangsempfehlungen – zeigen sich in allen beteiligten Bundesländern – ob sie nun gut oder weniger gut abgeschnitten haben. Beängstigend ist der Befund für Bremen, wo am Ende der Grundschule die Risikogruppe schon mehr als 20 Prozent beträgt. Besonders ungerecht geht es hingegen in Baden-Württemberg zu. Die soziale und ethnische Benachteiligung ist sehr stark ausgeprägt. Bei gleicher sozialer Herkunft und gleicher Leseleistung hat es ein Kind mit Migrationshintergrund fast dreimal so schwer, eine Gymnasialempfehlung zu bekommen, wie ein Kind, dessen Eltern beide deutschsprachig sind.

Brauchen wir diesen differenzierten Blick auf die Bundesländer, auch wenn in der Tendenz vermutlich immer wieder ähnliche Befunde zu erwarten sind? Meine Meinung ist: *Ja*, wir brauchen diese Art des Systemmonitoring – aber nicht als Selbstzweck, sondern als Ausgangspunkt für vertiefende Nachforschungen. Wir brauchen sie nicht als Munition im Schulkampf oder für Profilierungsspielchen politischer Parteien und Personen.

Dass es den sieben beteiligten Bundesländern nicht gelungen ist, sich auf eine gemeinsame Pressemitteilung zu verständigen, wirft ein bezeichnendes Licht auf den Zustand der Kultusministerkonferenz (KMK). Insbesondere weil sie für sich beansprucht, Deutschland auf dem internationalen Parkett mit einer Stimme vertreten zu können.

Wir brauchen die Untersuchungen hingegen für sorgfältige differenzierte Analysen. Bremen sollte endlich mit Städten mit ähnlichem soziokulturellen Hintergrund verglichen werden. Kinder im Süden lesen nicht nur besser, sie *leben* in der Regel auch besser. Gerade Lehrer haben ein Interesse daran herauszufinden, wo die von ihnen beeinflussbaren Faktoren liegen und wo die Bildungs- und Sozialpolitik gefragt ist. Den Autoren der Studie ist uneingeschränkt zuzustimmen, wenn sie feststellen: „Die Vielschichtigkeit des Lernprozesses verbietet eine einfache kausale Interpretation einzelner Merkmale und macht mehrdimensionale Analysen erforderlich. Letztendlich bleibt man jedoch mit Daten aus Fragebogenerhebungen immer weit entfernt von der Realität des Unterrichts." *Marianne Demmer*

Die Ländervergleichsstudie und alle weiteren Infos zu den Grundschuluntersuchungen finden Sie im IGLU-Spezial auf der GEW-Website: www.gew.de

Foto: dpa

Bremen landete beim IGLU-Ländervergleich weit abgeschlagen auf dem letzten Platz. Jetzt sind die Forscher gefordert, die Gründe für das schlechte Abschneiden zu analysieren.

„Gelassenes Arbeiten

Zur Debatte um die Lehrerarbeit: eine Anregung aus Kassel-Waldau – hessische Landespolitik ist konti

Lehrerinnen und Lehrer, die zufrieden lächelnd durchs Schulhaus gehen, obwohl sie an der Versuchsschule permanent mehr leisten als der Schnitt? An der Offenen Schule Kassel, einer integrierten Gesamtschule der Sekundarstufe I, zieht das Kollegium pädagogisch an einem Strang. Davon profitieren alle: die Schüler, die Lehrer und der Problemstadtteil Waldau. Der bisherige Umgang dort mit Arbeitszeit und Arbeitsbelastung könnte ein Impuls sein, um die Debatte um Lehrerarbeit voranzutreiben. Vorausgesetzt, die politischen Rahmenbedingungen lassen dies überhaupt zu.

Offene Schule in Kassel-Waldau: Gelassenes Arbeiten beruhigt die Schüler . . .

„Ein Kollegium mit gemeinsamen Zielen ist mit dem Beruf zufriedener als an Schulen, an denen das nicht der Fall ist.“

Niemand lamentiert, nicht einer! Erich Frohnapfel versucht es mal: Er sitzt beim Mittagessen im Bistro der Jahrgangsstufen neun und zehn, wo Schüler das Mittagessen kochen, und legt los: Sein Stundenplan sei fürchterlich, seine Klasse sehe er nur montags und freitags. An anderen Tagen müssten ihn die Schüler in den Pausen ansprechen. Wenn sein Unterricht in der kooperierenden Oberstufe einige Kilometer entfernt ende, fange er hier, in der Offenen Schule Kassel-Waldau (OSW), gerade an.

Kein Einzelfall

Das klingt, als ob bald ein Burn-Out droht. Doch mitnichten. Und warum nicht? Frohnapfel grinst den stellvertretenden Schulleiter *Rolf Otto* an und sagt: „Nach so einem Tag gehen wir ein Glas Wein trinken und lachen darüber.“ Der Englischlehrer ist weder Masochist noch Einzelfall an der Versuchsschule im Kasseler Problemstadtteil Waldau. „Ich komme jeden Morgen gern in die Schule“, bekennen zwei Kolleginnen. Keine Fluktuation, kaum Frühpensionierungen, bestätigt Rolf Otto, obwohl die OSW mit Zusatzangeboten, dem freien Lernen, dem Teamunterricht und der intensiven Beratung für Eltern und Schüler mehr leistet als eine Regelschule. „Wir schuften wie die Pferde“, meint Erich Frohnapfel.

Für *Peter Döbrich* vom Deutschen Institut für internationale pädagogische Forschung (DIPF) ist das kein Widerspruch. Ein Kollegium mit gemeinsamen pädagogischen Zielen sei mit dem Beruf zufriedener als an Schulen, wo das nicht der Fall sei, erklärt der Leiter des Projekts „Schulentwicklung, Qualitätssicherung und Lehrerarbeit“, in dem – von Hessens Kultusministerium unterstützt – pädagogische Entwicklungsbilanzen erstellt werden. Arbeitsbelastung und -zufriedenheit spielen dabei auch eine Rolle.

Einige der Lehrer haben sich wegen des pädagogischen Konzepts an die OSW beworben (siehe E & W 6/2002) und präsentieren stolz ihre Arbeit. Sie fühlen sich durch einige zusätzliche Aufgaben sogar entlastet. Zum Beispiel durch den Teamunterricht: Elf bis 13 Lehrkräfte bilden ein Team, begleiten die Schüler von Klasse fünf bis zehn, unterrichten fast ausschließlich in ihrer Jahrgangsstufe und haben in deren Räumen ihr Lehrerzimmer. So kennen alle Teammitglieder alle etwa 150 Schüler des Jahrgangs und gewinnen langsam deren Vertrauen. Alle erfahren es, wenn die Mutter einer Schülerin im Krankenhaus liegt und die Leistungen darunter leiden. Wenn sich bei einem Schüler gravierende Probleme abzeichnen, kann das Team reagieren. Die gemeinsame Verantwortung, so bestätigen viele, entlaste emotional, auch wenn, wie eine Lehrerin zuspitzt, „ich mich manchmal fühle, als hätte ich 24 Kinder adoptiert“.

Bis sich ein solches Verhältnis entwickelt, muss viel investiert werden: Das Klassenlehrerpaar, meist ein Mann und eine Frau, besucht in der fünften Klasse alle Kinder und Eltern zu Hause. In den folgenden Schuljahren werden diese jedes Halbjahr zu Gesprächen in die Schule geladen. Eltern sollen nicht nur die Zeugnisse zur Kenntnis nehmen, sondern auch die Gutachten zum freien Lernen, Arbeits- und Sozialverhalten. Die ein- bis zweiseitigen Mitteilungen kosten bis zu zwei Stunden Arbeit. Die Wochenarbeitspläne der Schüler werden freitags eingesammelt und bis Montag kommentiert – das heißt regelmäßige Arbeit am Wochenende.

Teamarbeit spart Zeit

Im Team lässt sich Zeit sparen. Die Fachlehrerinnen vereinbaren, wer welche Unterrichtseinheit vorbereitet. Alle

n am gemeinsamen Ziel“

raproduktiv

Fotos: Inge Werth

. . . und entlastet die Lehrer.

können dann auf die Materialien und eine konzipierte Klassenarbeit zurückgreifen. Einer der Gründe, warum Erich Frohnapfel sagt: „Die Unterrichtsvorbereitung ist nicht das Problem.“ Viel belastender ist der Schultag von 7.30 oder 8 Uhr – je nachdem, wer für den offenen Beginn zuständig ist – bis 15 Uhr, am Konferenztag bis 17 oder 18 Uhr.

Stellvertreterdebatte

Die hohe zeitliche Belastung nimmt das OSW-Kollegium in Kauf. Beheben möchten die Pädagoginnen und Pädagogen lieber andere Probleme, zum Beispiel den fehlenden jahrgangsübergreifenden Erfahrungsaustausch. Bildungsforscher Döbrich hält den Streit um Lehrerarbeitszeiten ohnehin für eine Stellvertreterdebatte. Stattdessen müssten sich die Schulen auf gemeinsame pädagogische Ziele einigen. Als Hinweis nimmt Döbrich ein Ergebnis seiner Erhebungen: Mit der Zahl der Schulprogramme in Hessen ist auch die Zufriedenheit der Lehrer gestiegen.

Der Konferenznachmittag mit Teambesprechungen, Gesamtkonferenz und Arbeitsgruppen im Wechsel dient auch der Vereinbarung von Zielen. Jede Pause wird für kurze Absprachen genutzt: Schreiben alle sechsten Klassen die Deutscharbeit am Freitag oder lieber nach den Ferien? Trotz einer halbstündigen Pause am Vormittag und einer Stunde Mittagspause, „reicht die Zeit manchmal nicht mal für die Toilette“, sagt eine Lehrerin. Richtige Pausen sind das nicht, oder doch? Einer, der zehn Jahre lang an einem Regelgymnasium unterrichtet hat, erinnert sich mit Schrecken an die Pausen dort – das riesige Lehrerzimmer, die lauten Schüler.

Lärm ist an der OSW kein Thema. Die Schüler stürmen nicht beim ersten Gongschlag aus den Klassenräumen und rempeln sich dabei gegenseitig um. Die pädagogische Arbeit an der Schule verringert Aggressionen. „Gelassenes Arbeiten am gemeinsamen Ziel“, wie Peter Döbrich es nennt, beruhigt auch die Schüler.

Langsam, leise, freundlich

Die Schulglocke ist abgeschafft. Stattdessen hängt in jedem Klassenraum eine Uhr. Da die Jahrgangsstufen – vor allem die fünfte und sechste – auch in den Pausen ihre eigenen Bereiche haben, sind die Lärmquellen entzerrt. Toben können die Kleinen auf ihrem Hof. In den Schulgebäuden gelten die Regeln „langsam, leise, freundlich, friedlich“, erklärt Schulleiterin *Barbara Buchfeld*. Da sich alle Lehrer verantwortlich fühlen, müssen die Jungs und Mädchen immer damit rechnen, angesprochen zu werden, wenn sie sich im Gebäude bewegen. Die Sicherheit, „die Aufsicht kennt mich nicht“, gibt es nicht.

Auch Lehrer können sich nicht darauf zurückziehen, keine Aufsicht zu haben. Sie müssen immer präsent sein, genießen aber den unschätzbaren Vorteil, dass es zivilisierter zugeht als an anderen Schulen.

Das ist Voraussetzung wie auch Ergebnis des freien Lernens. Ab der fünften Klasse arbeiten die Kinder selbstständig an langfristigen Aufgaben. Für das Kollegium ist das permanente Sucharbeit: Welche Aufgaben in welchem Alter? Wie muss ich die Schüler beraten? Wie werden die Arbeiten gerecht bewertet? Im freien Lernen schlüpfen die Lehrkräfte in eine andere Rolle. Nicht der Vorbeter an der Tafel ist gefragt, sondern individuelle Unterstützung: Woher bekomme ich das Balsaholz für ein Modellschiff? Welche Fragen kann ich einem Zeitzeugen des Nationalsozialismus in Kassel stellen? Wo finde ich das „~“ auf der PC-Tastatur?

Lehrer müssen in Kassel-Waldau nur präsent sein, genießen aber den unschätzbaren Vorteil, dass es hier ruhiger zugeht als an anderen Schulen.

„Oberste Belastungsgrenze“

Im freien Lernen kann man auch mal einen Gang zurückschalten und entspannt an der Kaffeetasse nippen. „Die Liste der Entlastungen ist mindestens genauso lang, wie die Liste der Belastungen“, heißt es dann in einer solchen Minute. Oder auch: „Man wirtschaftet in die eigene Tasche.“ Was man in den unteren Klassen investiere, zahle sich in den oberen aus.

Von der Schule weg will niemand. Doch auch hier herrscht Unmut darüber, dass Hessens Landesregierung mit dem Sparprogramm „Operation sichere Zukunft“ die Unterrichtsverpflichtung erhöht hat. Die Motivation ist nicht endlos: „Irgendwann kippt es.“ Und auch DIPF-Forscher Döbrich meint: „Das System läuft in Hessen an der obersten Belastungsgrenze.“

Dorothee Beck

„Was man in den unteren Klassen investiert, zahlt sich in den oberen aus.“

Unterricht kann Spaß machen

Alters- und schulformübergreifender Unterricht in Schmiedefeld/Thüringen

Seit Ende der 90er-Jahre wird an der staatlichen Regelschule Schmiedefeld mitten im Thüringer Wald nicht nur jahrgangs-, sondern auch schulformübergreifend unterrichtet. Haupt- und Realschüler lernen in den meisten Fächern gemeinsam. Nichts ist seitdem so wie es vorher war – und davon profitieren Schüler und Lehrer.

Weiß eine Zwölfjährige mehr über die alten Römer als eine Zehnjährige? Stellt sie andere Fragen? Gibt sie schnellere oder klügere Antworten? Wenn man *Annika* und *Nina* zuguckt, stellt man vor allem fest: Die Gemeinsamkeiten sind größer als die Unterschiede. Die Fünft- und die Sechstklässlerin sollen gemeinsam einen Fragenkatalog entwerfen. „Wann sind die Leute aufgestanden?“, fragt Nina. „Wo haben sie gegessen?“, kontert Annika. „Wo gearbeitet?“, will Nina wissen. Manchmal merkt man Nina an, dass ihr Wortschatz noch nicht so weit ist wie Annikas; dann aber hilft die Ältere prompt aus. „Jeder von euch ist ein Detektiv“, hatte ihre Lehrerin, *Ina Blau*, am Anfang der Stunde gesagt, „je mehr ihr herausfindet, desto mehr könnt ihr den anderen zeigen.“ Die wichtigsten Regeln stehen mit blauer Kreide an der Tafel: „Jeder tut mit“, „Vereinbarungen einhalten“, „Arbeit gerecht verteilen“. Am Ende soll eine Ausstellung entstehen, bei der jeder von jedem lernt. Und Ina Blau tut eigentlich nichts anderes, als hier und da mal eine Anregung zu geben. „Es ist faszinierend zu sehen, wie selbstständig schon Fünft- und Sechstklässler arbeiten können“, sagt sie. Auch für sie als Lehrerin sei das angenehm – der offene Sachunterricht, den sie in beiden Klassenstufen anbietet, müsse zwar gründlich vorbereitet werden - „aber die Stunden machen wirklich Spaß“.

Not macht erfinderisch

Seit Ende der 90er-Jahre wird an der Regelschule Schmiedefeld in heterogenen Gruppen gelernt: Die fünften und sechsten Klassen lernen alles außer Mathe, Deutsch und Englisch zusammen; außerdem werden bis zur 9. Klasse schulformübergreifend Haupt- und Realschüler gemeinsam unterrichtet. Altersgemischt ist in den höheren Klassen vor allem der Wahlpflichtbereich gestaltet. Der Grund, warum man an der Schule mitten im Thüringer Wald heterogenen Unterricht einführte, klingt anlässlich des komplexen Prozesses, den die Schule seither hinter sich hat, fast banal: die Schüler blieben weg!

Von einst 3500 Einwohnern leben heute nur noch 2000 im Ort; in den Nachbardörfern sieht es nicht besser aus. „Hätten wir uns nichts einfallen lassen, gäbe es uns nicht mehr“, meint die Schulleiterin *Kerstin Baumgart*. Heute unterrichten 19 Kollegen in Schmiedefeld gerade noch 200 Schüler.

Zusätzlich zum Heterogenitäts-Konzept wurde an der Schule ein ganzes Bündel eng aufeinander abgestimmter Reformen in Gang gesetzt. Wann immer es möglich ist, wird fächerübergreifend unterrichtet, um die Schüler näher an das praxisorientierte Lernen heranzubringen. So wurden zum Beispiel Chemie, Physik und Biologie zum Fach „Natur“, der in der Hälfte der Fachstunden gemeinsam unterrichtet wird. Sämtlicher Unterricht ist binnendifferenziert und berücksichtigt das unterschiedliche Niveau in den Lerngruppen. Der Unterricht orientiert sich an Wochenplänen, innerhalb derer jeder Schüler einen eigenen Lernplan hat. „Unterricht mit heterogenen Gruppen geht nur, wenn man den Unterrichtsstil ändert“, sagt Baumgart. Resultat der zahlreichen Reformen: nichts ist in den Klassen mehr so wie vorher.

Ebenso wie die Schüler brauchten die Lehrer Zeit, sich an eine neue Form der Organisation und der Arbeitszeitgestaltung zu gewöhnen. „Das ging nicht ohne Probleme“, gesteht Baumgart zu, „am Anfang haben wir uns manchmal zu viel vorgenommen. Heute wissen wir, dass Veränderung ein Prozess der kleinen Schritte ist.“ Zusammenarbeit ist das A und O: Der Unterricht wird gemeinsam vorbereitet, die Arbeit der Schüler gemeinsam evaluiert. Mögliche Verbesserungen werden gemeinsam besprochen, Rückschläge gemeinsam erörtert. Fragt man die Lehrer, wie es ihnen an ihrer neuen alten Schule ergehe, bekommt man erstaunlich identische Antworten. *Christine Amberg* zum Beispiel. Sie unterrichtet Englisch in der 8.Klasse und legt Briefe eines Haupt- und eines Realschülers an Partnerschüler in den USA auf den Tisch. Der eine hat gerade einmal zehn, der andere 30 Zeilen. „Aber immerhin“, sagt sie, „auch die Schlechteren schreiben. Weil es alle tun, ziehen sie mit.“ „Der Unterricht ist befriedigender als früher“, meint sie.“

Die Vorbereitung sei mehr geworden, fügt Ina Blau, die Sachkunde-Lehrerin hinzu, schränkt aber gleich wieder ein: „Dafür sind wir ja im Team - zuhause und im Unterricht haben wir weniger Arbeit“. Vor allem aber, sagt ihr Kollege *Andreas Franzke*, habe das Einzelkämpferdasein ein Ende: „Das konnte ganz schön nerven.“

Jeannette Goddar

ImPULSschule Schmiedefeld: Als Experiment aus der Not entstanden, hat das Lernen in heterogenen Gruppen an der kleinen Schule in Thüringen nicht nur den Unterricht verändert.

Fotos: David Ausserhofer

Lernen in heterogenen Gruppen

Reformen im Schullalltag

Lernen und Lehren in heterogenen Gruppen: Im deutschen Schulsystem immer noch die Ausnahme und nicht die Regel – so wie etwa in Skandinavien. Das Praxisbeispiel der E&W-Februar-Ausgabe, die ImPULSschule in Schmiedefeld /Thüringen, zeigt, dass es auch hier funktioniert.

Alle Schulen in Deutschland sind heute heterogener als noch vor drei Jahrzehnten: Jungen und Mädchen, Arbeiter- und Beamtenkinder, Deutsche und Ausländer sitzen in derselben Klasse und lernen miteinander, manchmal auch voneinander. Ironischerweise ist heute die Ausleseschule par excellence das Gymnasium, die heterogenste Schule, heterogener zusammengesetzt jedenfalls als die meisten Real- und die ausgepowerten Hauptschulen. Heterogenität ist zum Normalfall geworden. Sie variiert nur im Ausmaß.

Heterogene Klassen stellen für Lehrkräfte zweifellos besondere Anforderungen, je heterogener, desto mehr. Ich kann mich an eine Schwedenreise mit der GEW und Journalisten vor zwei Jahren erinnern. Wir besuchten dort Schulen, in denen bis zur neunten Klasse ohne äußere Differenzierung unterrichtet wird. Fast niemand konnte sich vorstellen, wie so etwas möglich ist – und dann noch mit deutlich besseren PISA-Ergebnissen als in Deutschland. „Wie machen Sie das?“ - war die Standard-Frage bei Schulbesuchern. „Genauso wie Sie in der Grundschule, nur eben länger“ – die frappierende Antwort.

Ganz so einfach ist es allerdings nicht. Selbst ein Außenstehender wie der amerikanische Schriftsteller *Philipp Roth* schreibt in seinem gerade verfilmten Bestseller *„Der menschliche Makel“*: „Dreißig verschiedene Kinder aus dreißig verschiedenen Familien, die auf dreißig verschiedene Arten an das Lernen herangehen. Das erfordert eine Menge Organisation. Eine Menge Papierkram. Eine Menge von *allem*“. Manchmal ist es Prinzip, manchmal pure Not, die zum Lehren in ausgeprägt heterogenen Klassen drängen. Auch in Schmiedefeld war Not im Spiel. Aber die Schule verstand die Not offenbar auch als Chance und leitete einen konsequenten Prozess der Unterrichtsentwicklung ein, der das Lernverständnis und die Lernkultur nachhaltig veränderte.

Das ist kein Zufall, so muss es wohl auch sein: In dem das Lernen in heterogenen Gruppen optimiert wird, wird Unterrichtsentwicklung nötig, ändert sich auch die Lehrerrolle: Die Lehrpersonen erweitern ihr Methodenrepertoire, tauschen ihre Erfahrungen aus, engagieren sich in der Weiterbildung – und geben keinen Schüler auf.

Hans-Günther Rollff

Wer mehr dazu lesen will, dem seien das H. 4/03 des „Journals für Schulentwicklung“ oder das Buch von Annedore Prengel: Pädagogik der Vielfalt. Opladen 1995 empfohlen.

„Keine klassischen Lehrenden“

Interview mit Kerstin Baumgart

Kerstin Baumgart ist Schulleiterin an der Regelschule in Schmiedefeld/Thüringen. Sie hat die Schulreform dort mit initiiert.

Schulleiterin Kerstin Baumgart

E&W: *Skeptiker fürchten, in Ihrem Modell würden Jüngere oder weniger Kluge ständig überfordert.*

Kerstin Baumgart: Das Gegenteil ist richtig. Die schwächeren Schüler sind viel motivierter als früher. Ein wesentlicher Grund für die Einführung der Altersmischung war neben dem Bevölkerungsschwund auch die enormen Disziplinprobleme, die wir zu kämpfen hatten. Die sind heute fast völlig verschwunden. Die Schwächeren orientieren sich an den Besseren. Und sie profitieren davon, dass Gleichaltrige ihnen Dinge oft besser erklären können als Lehrer. Und: *den* Hauptschüler gibt es ebenso wenig wie *den* Elfjährigen.

E&W: *Auch der Alltag der Lehrer hat sich verändert. Was mussten Sie neu lernen?*

Baumgart: Viel. Wir sind keine klassischen Lehrenden mehr, sondern Lernbegleiter der Schüler in offenen Unterrichtsformen. Der Schwerpunkt unserer Arbeit hat sich verlagert: hin zu einer differenzierten Vorbereitung des Unterrichts, zum Austausch mit Kollegen, zu ständiger Teamarbeit, permanenter Reflexion über und Fortentwicklung des Erreichten. Zentral ist dabei die Fähigkeit zur Diagnose: Jeder Kollege musste lernen zu erkennen, auf welchem Stand jeder seiner Schüler ist, wo Stärken und wo Schwächen liegen. Zu diesem Zweck haben wir intensiv daran gearbeitet, Kriterien zur Beobachtung der Sozial-, Methoden- und Selbstkompetenz der Schüler zu entwickeln.

E&W: *Wie lange hat das gedauert?*

Baumgart: Jahre – und wir sind längst nicht am Ende. Wir nutzen nach wie vor jede Möglichkeit zur Qualifizierung und evaluieren unsere Fortschritte und Rückschläge. Wer Schule verändern will, kommt ohne viel qualifizierte Fortbildung nicht weit.

E&W: *Das klingt nach viel Arbeit.*

Baumgart: Das ist es. Aber unser Erfolg macht das wieder wett. Die größten Probleme bereitet uns das starre Arbeitszeitmodell. Wir verbringen mehr Zeit in Teams als im Klassenraum. Abgerechnet wird aber nach gehaltenen Unterrichtsstunden im 45-Minuten-Takt.

Interview: Jeannette Goddar

Vor zehn Jahren hat man an der ImPULS-Schule Schmiedeld eine Schulreform eingeleitet, an der bis heute ständig gearbeitet wird. Auf die Einführung neuer Medien folgten fächerübergreifender Unterricht sowie der Einsatz offener Lehr- und Lernformen. Ende der 90er-Jahre kamen die Schwerpunkte „Unterricht mit heterogenen Gruppen“ und „Innere Differenzierung“ hinzu.
Die Schule orientiert sich an Peter Petersens Jenaplan-Pädagogik und ist Mitglied im Netzwerk Innovativer Schulen der Bertelsmann-Stiftung.

Foto: dpa

Wird die Berliner Humboldt-Uni ein deutsches Harvard? Bundeskanzler und Bildungsministerin sind im Eliten-Fieber: Sie wollen sechs Unis für die „Spitzenförderung" auswählen und vergessen dabei eine Erkenntnis aus dem Sport: ohne Breitenförderung auch keine breite Spitze.

SPD träumt elitär

Uni-Debatte der SPD: Ein Mediengag?

Eliten- versus Breitenbildung? Mit dem Vorstoß für die Gründung einer Elite-Universität hat SPD-Generalsekretär Olaf Scholz nicht nur bei den Bildungspolitikern seiner eigenen Partei für Verwirrung gesorgt. Die Union mochte sich vor Verblüffung gar nicht äußern. Die Studenten reagierten nach ihren Protesten gegen die Sparpolitik an ihren Hochschulen entsetzt. Wohlmeinende sprechen von einem gelungenen SPD-Mediengag.

Das Innovationsprogramm der SPD, beschlossen am 6. Januar 2004 in Weimar finden Sie im Internet unter: www.spd.de/sevlet/PB/menu/1031334/index.html

Für die These eines Mediengags in den stets nachrichtenarmen Tagen zum Jahresbeginn spricht der Umstand, dass das Wort Elite-Universität in keinem der vom SPD-Parteivorstand und anschließend von der SPD-Bundestagsfraktion im Januar abgesegneten Papiere vorkommt. Stattdessen heißt es: „Wir brauchen neben einer höheren Anzahl von Hochschulabsolventen auch eine stärkere Förderung von Spitzenleistungen. Wir wollen die Struktur der Hochschullandschaft so verändern, dass sich Spitzenhochschulen und Forschungszentren etablieren, die auch weltweit in der ersten Liga mitspielen und mit internationalen Spitzenhochschulen wie Harvard und Stanford konkurrieren können."

Parallelen zum Schulstreit

Doch wie soll aus der „Masse" der Studierenden ein Elitestudent herausgefiltert werden? Parallelen zum klassischen deutschen Schulstreit um die frühe Selektion der Schüler sind bei dieser Debatte unverkennbar. Dabei gilt wie im Sport für Lehre und Forschung: ohne breite Förderung unten auch keine breite Spitze.

Das hatte bereits 1981 der Wissenschaftsrat erkannt. Nach kontroverser Auseinandersetzung versteckte er das Reizwort Elite bewusst in eine Empfehlung zur Förderung „besonders Befähigter". Dabei sei „außergewöhnliche Befähigung" nicht „von vornherein gegeben"; sie bilde sich erst in einem längeren Prozess, „in dem Erziehung und Selbsterziehung eine wichtige Rolle spielen". Deshalb könne man die „Entdeckung und Förderung von Spitzenbegabungen" nicht „als eigenen Studiengang darstellen". Damit erteilt er separaten Elite-Hochschulen eine deutliche Absage. Doch ungeachtet dessen träumen heute einige aus der SPD-Spitze und Wirtschaft wieder von einer „Elite". SPD-Bundesminister, wie *Otto Schily* und *Wolfgang Clement*, möchten die Berliner Humboldt-Universität mit kräftiger Bundeshilfe zu einer Top-Hochschule à la Harvard ausbauen. Der McKinsey-Manager *Jürgen Kluge* will gar 16 Universitäten, also eine pro Bundesland, in die Spitzenliga schicken. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft denkt an zunächst sechs Universitäten bundesweit, die im allgemeinen Wettbewerb ausgewählt werden sollen, um dann von besserer finanzieller Förderung zu profitieren.

Die aufgeregte Mediendebatte um eine Elite-Hochschule hat nahezu das eigentliche Anliegen und die begrüßenswerten Aussagen der SPD-Innovationsinitiative in der Hintergrund gedrängt. So wurde beispielsweise die Zusage von SPD-Fraktionschef *Franz Müntefering*, trotz der allgemeinen Sparzwänge bei der Forschungsfinanzierung endlich den Anschluss an die internationale Entwicklung zu finden und die Ausgaben dafür bis zum Jahr 2010 auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, öffentlich kaum beachtet. Konkret bedeutet das für Bund und Länder Mehrausgaben in Höhe von rund zehn Milliarden Euro jährlich.

Mit der Innovationsoffensive wollen Parteiführung und Fraktionsspitze eine neue Bildungsdebatte in der SPD einleiten. Im Gespräch sind mehrere Kongresse, eine SPD-Kommission „Zukunft der Bildung" (inklusive Bildungsfinanzierung) und ein SPD-Bundesparteitag ausschließlich zu Bildung und Innovation.

„Hinter der Debatte um Spitzenförderung verbirgt sich ein tiefer Konflikt um die Neubestimmung sozialdemokratischer Bildungspoltik zwischen Bund und Ländern."

Auf Innovationskurs

Das Problem: In den Ländern fehlt der Partei ein klares bildungspolitisches Profil. Und daher verbirgt sich in Wirklichkeit hinter der nur scheinbar oberflächlich geführten Debatte um Spitzenförderung ein tiefer Konflikt um die Neubestimmung sozialdemokratischer Bildungspolitik zwischen Bund und Ländern. Den eher reformfreudigen Bundespolitikern, die auf grundsätzliche Strukturreformen bis hinein in die Schule drängen, stehen die vom jahrelangen Gesamtschulstreit gebeutelten SPD-Bildungsminister in den Ländern gegenüber. Deren sehnlichster Wunsch ist Ruhe. Dabei pochen sie auf die Länder-Zuständigkeiten. Müntefering hat ungeachtet dessen eindringlich die Fachpolitiker seiner Fraktion ermahnt, Lösungswege für die aktuellen Herausforderungen zu nennen. Schließlich frage der Wähler auch nicht nach Zuständigkeiten, sondern wolle Antworten.

Max Löwe

Warnung vor dem Bikini-Modell

Ganztagsschulen: hochgesteckte Erwartungen relativiert

Die Erwartungen sind hoch gesteckt: Ganztagsschulen sollen helfen, die deutsche PISA-Schlappe auszugleichen. Die Bundesregierung gibt Ganztagsangeboten eine Anschubfinanzierung von vier Milliarden Euro. Leistungsschwache und -starke Kinder, Kinder aus Migranten- und sozial benachteiligten Familien sollen besser gefördert werden. Auf einer Fachtagung mit in- und ausländischen Experten sichtete das DIPF die internationalen Erfahrungen und die Ergebnisse empirischer Forschung zu dem Thema.

Überall sonst, so scheint es, ist die Ganztagsschule die Regel. In Frankreich zum Beispiel. Dort werden einfach zwei Unterrichtsblöcke in einen Tag gepackt. Zwischen Vor- und Nachmittag in der Schule gibt es keinen Unterschied. Nichts von Rhythmisierung des Schultags, Abwechslung von Entspannung und erhöhter Aufmerksamkeit. Diese Art von Ganztagsschule steht dort mittlerweile in der Kritik. Darüber berichtete der französische Schulforscher *Francois Testu* auf der Tagung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt (DIPF). Die Ganztagsstruktur werde nicht genutzt für vielfältige pädagogische Angebote, für eine Ausweitung des Schullebens, sondern ausschließlich dafür, den klassischen, dort besonders lehrerzentrierten Unterricht am Nachmittag fortzusetzen.

Diese Art von Ganztagsschule ignoriere die Bedürfnisse und Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen, meint Testu. Er hat untersucht, wie sich die Lernbereitschaft von Kindern wie Erwachsenen im Tagesrhythmus unterschiedlich verteilt.

In Deutschland läuft es ganz anders, scheinbar. Unterricht am Vormittag, wie bisher, die Betreuung am Nachmittag kommt einfach dazu.

Doch Bundesbildungsministerin *Edelgard Bulmahn* weckt mit ihrem Ganztagsschulprogramm höhere Erwartungen: Kinder sollen besser gefördert werden, damit Deutschland seine PISA-Schlappe ausgleichen kann. Die Schulforschung hat bisher keine unmittelbar lernförderlichen Wirkungen des Ganztagsbetriebs entdecken können, stellt der Dortmunder Erziehungswissenschaftler *Heinz-Günther Holtappels* fest.

„Das Problem der real existierenden Schulen mit Ganztagsangebot ist, dass man scheinbar vergessen hat, den originären Lernbereich, also den Unterricht selbst weiterzuentwickeln. Man hat additive Angebote geschaffen, die von außerschulischen Fachkräften gestaltet werden, in oft unsicheren Beschäftigungslagen. Hier wird man kein gut ausgebildetes Personal finden," kritisiert er am Beispiel des nordrhein-westfälischen Ganztagsschul-Programms. Vormittags Schule, nachmittags Betreuung – das können bei uns die Horte eigentlich besser. Holtappels spricht vom *Bikini-Modell*: Die Ganztagsbetreuung besteht aus zwei unverbundenen Teilen, die nur das Nötigste abdecken. Trotz dieser ernüchternden Realität werden die Ganztagsschulprojekte mit Erwartungen überfrachtet.

Bescheidenheit angemahnt

Doch die vorliegenden Forschungsergebnisse mahnen zur Bescheidenheit: Zwar gebe es an vielen Ganztagschulen weniger Vandalismus und Gewalt, ein Zeichen dafür, dass dort das Klima besser ist, die Kooperation der Lehrer untereinander werde als besser empfunden.

All das lohnt schon die Öffnung von Schule durch mehr Angebote, aber es lassen sich keine positiven Auswirkungen auf die Schulleistungen oder die Lernmotivation nachweisen.

Es war erstaunlich zu erfahren, dass Finnland und Schweden, seit PISA die Wallfahrtsorte erfolgreichen Lernens, tatsächlich bisher keine Ganztagsschulsysteme haben. In Finnland wird erst jetzt eine vor- und nachmittägliche Betreuung der Kinder in den ersten beiden Schuljahren eingeführt, freiwillig. Bei den PISA-Siegern sind auch andere Erwartungen als bei uns damit verbunden. 85 Prozent der Mütter von Schulkindern sind dort berufstätig, meistens ganztags, und deshalb brauchen 70 Prozent der Erst- und Zweitklässler eine Betreuung am Nachmittag. Nicht in den fachlichen Leistungen soll der Ganztagsbetrieb Defizite aufarbeiten, aber im sozialen Klima und im sozialen Engagement, denn da stehe Finnland beileibe nicht so gut da, meinte die finnische Psychologie-Professorin *Lea Pulkkinen*, die die neue Ganztagsbetreuung in Finnland vorstellte.

Unterricht am Vormittag – Freizeitangebote am Nachmittag – so ist Ganztagsschule in Deutschland meist üblich. Doch nur mit ganztägiger Betreuung lässt sich die PISA-Schlappe nicht wettmachen.

Foto: David Ausserhofer

Kleine Brötchen backen

Fazit der Expertentagung: Kritik am pädagogischen Konzept der Ganztagsschulprogramme in Deutschland ist durchaus berechtigt. Wenn man damit jedoch die Erwartung verknüpft, die Fachleistungen der Schüler zu steigern, wird man Schiffbruch erleiden. Es wäre besser, kleine Brötchen zu backen – bessere Betreuung und ein besseres soziales Klima, sowohl für Kinder als auch für die Lehrerinnen und Lehrer wäre auch schon ein nicht zu verachtender Fortschritt. *Karl-Heinz Heinemann*

Cartoon: Thomas Plaßmann

Nicht auf der Regierungsagenda

Um- und Abbau in der Weiterbildung

Im Augenblick findet in der Weiterbildung eine Marktbereinigung der Trägerlandschaft statt mit der Konsequenz, dass viele Beschäftigte ihre Stellen verlieren (siehe auch Bericht in E&W 12/2003). Dieser Trend ist Teil des Sozialabbaus, den die Regierungspolitik beschleunigt. „Weiterbildung – Um- und Abbau" – unter diesem Motto stand Ende 2003 eine Expertentagung der GEW in Weimar.

„Die Hartz-Reform hat eine Eigendynamik entwickelt und läuft der Politik davon."

Wie konfus sich die neue Politik der Bundesagentur für Arbeit (BA) auf den Weiterbildungsmarkt auswirkt, zeigt sich aktuell in Hamburg. Nach dem dort gerade verkündeten Umschulungsstopp stellt die BA, wohl aufgrund massiver Proteste, nun doch finanzielle Mittel zur Verfügung (siehe auch „Auf einen Blick", Seite 5). Trotzdem werden viele Hamburger Dozenten wahrscheinlich ihren Job verlieren.

Auch nachdem BA-Chef *Florian Gerster* jetzt seinen Hut nehmen musste, ist kaum damit zu rechnen, dass der verordnete arbeitsmarktpolitische Kurs sich wendet. Im Gegenteil. Die Kürzungen bei Umschulungen für Dauerarbeitslose im Namen der Effizienz werden erst richtig sichtbar in der Branche.

Sind die *Hartz*-Reformen, die derzeit bei Volkshochschulen und freien Bildungsträgern verheerend wirken, vor allem Ausdruck einer verantwortungslosen Chaos-Politik oder steht dahinter auch ein grundsätzlicher Wandel in der beruflichen Weiterbildung? Eine Frage, die in Weimar die Fachdiskussion bestimmte.

Die Hartz-Gesetze, die den Arbeitsmarkt umsteuern sollen, und die – so *Ekkehard Nuissl von Rein* (DIE, Bonn) – etwas Richtiges versuchten, nämlich die Trennung von Angebot, Nachfrage und Bedarf in der Branche aufzuheben, setzten das „überhastet, kopflos und daher mit falschen Mitteln" um. Mittlerweile habe die Hartz-Reform eine Eigendynamik entwickelt und laufe der Politik davon. Dennoch, das wird von niemanden in Weimar bestritten, ist die neue BA-Strategie „Symbol eines politischen Paradigmenwechsels" und „Zeichen einer neuen Förderphilosophie". Dahinter stehe, so Nuissl von Rein, eine neue Grundströmung: die Aufhebung der Entkopplung von allgemeiner und beruflicher Weiterbildung. Damit wird die Wende Ende der 60er-Jahre hin zu einer gesellschaftlich verantworteten Erwachsenenbildung wieder rückgängig gemacht. Der Trend, Bildung vom Arbeitsprozess abzukoppeln, zeichnete sich allerdings schon *vor* den Hartz-Reformen ab, wird durch diese aber manifestiert.

Chaos-Politik

Ein Kardinalfehler der Regierung war nach Meinung von *Klaus Luther* vom Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) vor allem die zeit-

gleiche Realisierung von Hartz-Gesetzen und die Vergabe von Bildungsgutscheinen an Arbeitslose. Dass dies zu Chaos führen würde, sei eigentlich voraussehbar gewesen. Die finanziellen Kürzungen in der Weiterbildung machen nach Luthers Einschätzung eine Co-Finanzierung durch andere Arbeitgeber notwendig. Die vom Bund eingesetzte Expertenkommission zur „Finanzierung Lebenslangen Lernens" – unter Federführung von Prof. *Dieter Timmermann* - wird Anfang März ihre Ergebnisse veröffentlichen. In dem mit Spannung erwarteten Gutachten soll – so war in Weimar aus gut unterrichteten Kreisen zu hören – die Weiterbildung als „vierte Säule gleichrangig neben den anderen Bildungsbereichen" verankert werden. Ob diese Absichtserklärung aber, wie Luther glaubt, die Überlebenschance der Branche vergrößert?

Zu spät diskutiert

Allerdings hätten Beschäftigte und Träger schon früher die Konsequenzen der neuen Arbeitsmarktpolitik diskutieren müssen, denn der Trend zum Abbau des Eingliederungstitels der SGB III geförderten beruflichen Weiterbildung war zumindest seit 1999 abzusehen (nachzulesen in dem Gutachten des *Prognos*-Instituts für Wirtschaftsforschung von *Karsten Schuldt* und *Axel Troost* vom September 2003).

Wie das „neue Verfahren der Steuerung und Finanzierung von Weiterbildung" Arbeitsmarktpolitik verändert, führte *Rolf Dobischat*, Hochschullehrer an der Uni Duisburg-Essen, aus. Zum einen signalisierten Ich-AGs und Mini-Jobs die Akzeptanz des Niedriglohnsektors, zum anderen würden Leistungs- und Schutzrechte reduziert zugunsten der Eigenverantwortung für den Erfolg auf dem Arbeitsmarkt. „Aus Opfern des Arbeitsmarkts werden so schnell Täter am Sozialstaat", sagte Dobischat. Damit leite die BA den Übergang von einer „fördernden hin zu einer fordernden Arbeitsmarktpolitik" ein. Eine Trendwende, die bereits mit der Reform des Arbeitsförderungsgesetzes (AFRG) begonnen habe. Folgerichtig konzentriere sich die neue Förderpolitik „auf unproblematische Vermittlungsfälle" und auf „beschleunigte Vermittlung". Eine rasche Vermittlung in den Markt sei aber kein Qualitätskriterium, kommentierte *Ursula Herdt*, im GEW-Vorstand zuständig für Weiterbildung.

Einiges bei der Vergabepraxis der geförderten beruflichen Weiterbildung ist allerdings völlig zu Recht in die Kritik geraten – etwa zu lange Dauer und zu hohe Kosten von Qualifizierungsmaßnahmen, das wurde in Weimar auch nicht beschönigt. Doch jetzt habe die BA, bemängelte Herdt, getrieben vom politischen Tagesgeschäft, umgesteuert, sprich rigide gekürzt, ohne vorher die Qualität vorhandener Maßnahmen zu evaluieren.

Bildungsferne integrieren

Qualitätssicherung ist ein wichtiges Thema im Kontext der neuen Arbeitsmarktpolitik. Doch sei diese, so *Edgar Sauter* (ehemals Bundesinstitut für Berufliche Bildung, BIBB), zu stark auf das Zertifizierungswesen überhaupt abgehoben, sei insbesondere auf Träger und Maßnahmen der SGB III geförderten Weiterbildung ausgerichtet und nicht auf die gesamt geförderte Weiterbildung (mit 400 000 unterschiedlichen Maßnahmen) bezogen.

Was bleibt also künftig noch von der geförderten Weiterbildung angesichts der neuen BA-Strategie und einem brüchigen Arbeitsmarkt? Die flexible Zuliefererrolle für den kurzfristigen Marktbedarf? Fachliche und persönliche Kompetenzen dürften nicht nur in ihrer Verwertbarkeit als ökonomische Ressourcen begriffen werden, gab Klaus Luther zu Bedenken und in Richtung Politik: „Bildungsferne dürfen nicht vom beruflichen und gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sein." Die bisherige Realisierung der Hartz-Reformen verschärft die Selektion unter den Arbeitslosen. Ob da Vorschläge wie die des BMBF-Bildungsexperten Klaus Luther – durch ein „Erwachsenenbildungsförderungsgesetz" die Branche stärker abzusichern - oder durch einen anderen Ordnungsrahmen (Zuständigkeit des Bundes für die Weiterbildung), eine Idee, die der Pfälzer Wissenschaftsminister *Jürgen Zöllner* (SPD) in die Diskussion gebracht hat, den *Kahlschlag* bremsen können?

Nützlicher Rat?

Folgt man der recht ungeschminkten Rede des stellvertretenden bildungspolitischen Sprechers der SPD-Fraktion im Bundestag, *Ernst-Dieter Rossmann*, so steht Erwachsenenbildung jedenfalls nicht auf der Bildungsagenda 2004 der Bundesregierung. Forschungsförderung, Erhöhung der Akademikerquote und Ausbildungssicherung haben hier Vorrang. Da nützt der pragmatische Rat von Edgar Sauter, die Branche solle Gesetzeslücken, die Hartz biete, als Chance begreifen und aktiv ausfüllen, dann doch wenig.

Helga Haas-Rietschel

Fotos: Christian v. Polentz

Klaus Luther, Leiter der Unterabteilung für Lebenslanges Lernen beim Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

Ursula Herdt, im Geschäftsführenden Vorstand der GEW für Berufliche Bildung und Weiterbildung verantwortlich.

Prof. Ekkehard Nuissl von Rein, Wissenschaftlicher Direktor des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE) Bonn.

Prof. Rolf Dobischat, Hochschullehrer für Erwachsenenbildung an der Uni Duisburg-Essen.

Hinter Gittern

Unterricht im Strafvollzug

Die Schule am Marktplatz 1 ist klein – gerade einmal 22 Schüler besuchen derzeit den Unterricht bei insgesamt fünf Lehrern. Das aber ist noch nicht das Ungewöhnlichste an dieser Schule: Hier findet der Unterricht hinter meterdicken Wänden und vergitterten Fenstern statt. Schule im Knast, genauer gesagt: Schule in der Justizvollzugsanstalt (JVA) im fränkischen Ebrach, Bayerns größter Haftanstalt für jugendliche Straftäter.

Es ist Freitagvormittag: zweite Stunde, Englisch-Unterricht. Zwölf Schüler sitzen um einen großen Tisch, jeder im einheitlichen Anstalts-Blau gekleidet. Lehrer Vladimir Sparber korrigiert einen Schüler: „John is an Englishman“. Das „n“ betont er nachdrücklich. Die Schüler wiederholen das Gelernte, schreiben eifrig mit. Sparbers Unterricht ist nicht viel anders als der anderer Lehrer. Seine Schüler allerdings unterscheiden sich von Schülern anderer Schulen. Sie werden einzeln von Vollzugsbeamten in Uniform zum Unterricht gebracht und wieder abgeholt.

Rund 350 Häftlinge sitzen zurzeit in der JVA ein. Sie haben geklaut, geraubt, mit Drogen gedealt, Menschen verletzt, manche von ihnen haben auch gemordet. Rund 50 Prozent haben keinen Schulabschluss oder die Sonderschule besucht. 20 bis 30 junge Erwachsene im Alter zwischen 17 und 24 bewerben sich jedes Jahr für die verschiedenen Schulkurse. Nach Ende der Lehrgänge werden fast alle ein Schulzeugnis in der Tasche haben. Rund 80 Prozent bestehen die Abschlussprüfungen, die meisten mit guten oder sehr guten Ergebnissen.

Freiwilliger Schulbesuch

Vladimir Sparber führt diese hohe Erfolgsquote auf die besondere Motivation der jungen Menschen zurück. „Unsere Schüler sind freiwillig hier, draußen gingen sie zwangsweise zur Schule. Jüngst führte ein Schüler, dem ich mitteilte, dass er zum Kurs zugelassen ist, einen Freudentanz auf seinem Bett auf.“ Für den jungen Mann war dieser Kurs wahrscheinlich die letzte Chance auf einen ordentlichen Schulabschluss. Das Bildungssystem draußen hat ihn längst abgeschrieben; seine Schulpflicht hat er erfüllt – auch ohne Abschlusszeugnis.

In Sparbers Englisch-Stunde klingelt plötzlich das Telefon. „Müller, du bist bei der Polizei ein gern gesehener Gast“, sagt er zu dem bulligen jungen Mann am anderen Ende des Tisches. Der Angesprochene packt leise fluchend seine Siebensachen und geht zur Tür. Draußen wartet schon ein Beamter auf ihn, um ihn zum Verhör zu führen. Sein Lehrer fährt unbeirrt im Unterricht fort. Was die Polizei von seinem Schüler will, interessiert ihn nicht. Seit mehr als 25 Jahren ist der Endfünfziger in der JVA Ebrach als Lehrer tätig und erlebt solche Zwischenfälle mittlerweile als Routine. Das war nicht immer so. Anfangs habe er sich noch für die Lebensgeschichten seiner Schüler interessiert, die Personalakten gelesen. Doch heute will er gar nicht mehr wissen, warum einer einsitzt. „Sonst besteht die Gefahr, dass ich einen Gefangenen durch mein Verhalten noch zusätzlich bestrafe.“

Zehn Stunden unterrichtet Vladimir Sparber pro Woche, doch 40 Stunden wöchentlich muss der JVA-Beamte an seinem Arbeitsplatz verweilen. Eine Präsenzpflicht der besonderen Art: Dass Lehrer Staatsbedienstete sind, wird in einer JVA deutlicher als in einer Schule außerhalb der Knastmauern. Die Bücherei muss betreut, die Knast-Zeitung gemacht, der Verwaltungskram erledigt werden. Und schließlich ist man für die Gefangenen auch außerhalb der Unterrichtszeit ansprechbar. Dafür gibt es hier für Lehrer auch ungewöhnliche Belohnungen. „Momente des Glücks“ nennt Vladimir Sparber diese. Jüngst hat ihm ein Ex-Häftling geschrieben, dass er am Bayernkolleg seine Abiturprüfung bestanden hat.

1,34 Euro für jede Stunde

Solche Glücksmomente sind allerdings selten. In der Regel kommen die Schüler hier aus einem anderen Bildungsmilieu. „Manchmal fange ich ganz weit unten beim Einmaleins an“, erzählt Malermeister *Klaus Kroack*. Die Erfolgsbilanz des Malermeisters kann sich sehen lassen: Am Ende des sechsmonatigen Grundlehrgangs Malen beherrschen die Gefangenen nicht nur handwerkliche Fertigkeiten – sie können auch Wurzeln ziehen und mathematische Gleichungen lösen. Sein Unterricht ist so ungewöhnlich wie die ganze Knastschule. Am Beginn jeder Unterrichtseinheit im Grundlehrgang Malen steht „Gehirnjogging“ – Denksportaufgaben, die auf spielerische Art und Weise gelöst werden können.

Jeder Schüler ist einzigartig, jeder Schüler braucht eine auf seine Voraussetzungen zugeschnittene Förderung – was nach dem schlechten Abschneiden Deutschlands bei der PISA-Studie bildungspolitisch neu diskutiert wird, ist in den Gefängnisschulen schon längst selbstverständlich. Denn die individuellen Lernvoraussetzungen der Jugendlichen bei Haftantritt sind sehr unterschiedlich.

Nach dem Mittagessen geht es zurück in die Zelle. Hier werden auch die Hausaufgaben erledigt. Ferien im klassischen Sinne kennen die Schüler nicht. Dafür erhalten sie etwas, von dem Kinder und Jugendliche an „normalen“ Schulen nur träumen können. Für das Drücken der Schulbank bekommen sie Geld: 1,34 Euro für jede Stunde Unterricht. Am Montag werden sie wieder pünktlich erscheinen. Dann heißt das Fach Ethik.

Jürgen Amendt

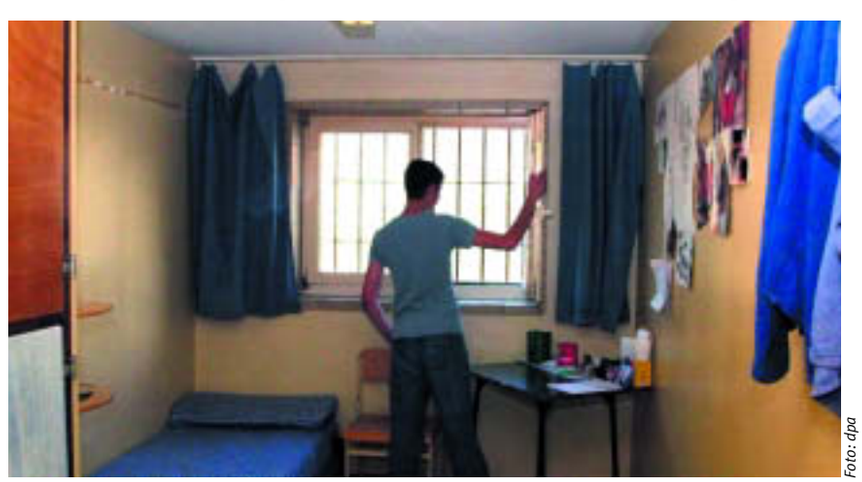


Foto: dpa

Schule hinter Gittern: Was nach der PISA-Studie bildungspolitisch neu in Deutschland diskutiert wird, ist in Gefängnisschulen längst selbstverständlich: Individuelles Lernen und Fördern der Jugendlichen.

Privatisierungspläne in Bremen: Der Senat beabsichtigt, zum Sommer 2004 eine GmbH zu gründen, die dem Stadtstaat im Bildungsbereich acht Millionen Euro pro Jahr einsparen soll.

Foto: dpa

Schulen mit beschränkter Haftung

Bremen plant Umbau des Schulwesens

Bremens Schulen sollen nach den Plänen des Senats zumindest teilweise neu organisiert werden: Mit einer dafür gegründeten „Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur" will die Regierung aus SPD und CDU zusätzliches Geld für den Schulbereich beschaffen, den Haushalt sanieren – und trotzdem verfassungskonform agieren.

Schon während der Koalitionsverhandlungen im Mai letzten Jahres wurde in Bremen hinter den Kulissen beschlossen, den Bildungsbereich neu zu organisieren und einen Teil auszulagern und zu privatisieren. Monatelang sickerte von der Planung einer „Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur" nichts durch, bis der GEW Bremen im Herbst 2003 Pläne zur Gründung einer Bildungs-Gmbh in die Hände fielen. Daraufhin berief die Gewerkschaft eine Personalversammlung ein und informierte die Presse. Die Personalversammlung sprach sich gegen eine „Schule mit beschränkter Haftung" aus und verlangte die Offenlegung aller Maßnahmen. Außerdem solle der Landesrechnungshof das Vorhaben überprüfen. Inzwischen steht fest:

Die Bremer Bildungsbehörde beabsichtigt tatsächlich, zum Sommer 2004 eine GmbH zu gründen, die dem Stadtstaat im Bildungsbereich auf Dauer acht Millionen Euro pro Jahr einsparen soll. Der Bildungsetat Bremens beträgt jährlich etwa 460 Millionen Euro. Die Einsparung wäre also relativ gering – unter zwei Prozent. Zunächst aber würde die geplante Bildungs-GmbH gar kein Geld einbringen, sondern zusätzliche Kosten verursachen. Sie soll mit 25 Millionen Euro Kapital ausgestattet werden. Und bevor alles beginnt, beschloss der Bremer Senat im Dezember, 250.000 Euro für eine Beratungsfirma zur Verfügung zu stellen, die das Projekt ausarbeitet. Wer das Berater-Geld bekommt, ist noch nicht bekannt. Im Spiel ist die Unternehmensberatung von *Roland Berger*, die in Bremen schon öfters aktiv wurde. So hat sie im Jahr 2000 vorgeschlagen, die gesamte öffentliche Verwaltung von 30 000 auf vier bis achttausend Beschäftigte zu reduzieren. Der Rest der Arbeit sollte ausgelagert werden. Zur Zeit sind 5000 Beschäftigte der öffentlichen Verwaltung Lehrerinnen und Lehrer.

Bei der geplanten Bildungs-GmbH, die als Pilotprojekt gilt, sind vorerst nur drei Schulbereiche anvisiert, in dem etwa 1000 Lehrer tätig sind: die Volkshochschulen, die Berufsschulen und eventuell die sonderpädagogischen Einrichtungen. Das Motto für die geplante Gesellschaft lautet: „flexibel, leistungsbezogen und marktorientiert". Der landeseigne Betrieb soll die betroffenen Schulen steuern und die Infrastruktur liefern, etwa Informationstechnologie oder Verwaltungslogistik. Außerdem soll die Firma Lehrpersonal einstellen – ohne sich dabei an die üblichen Tarife halten zu müssen. Weitere Aufgaben konnte der Sprecher des Bildungssenats, *Rainer Gausepohl*, nicht nennen, noch seien die Pläne „nicht ausgereift". Bis März oder April soll dem Parlament der Gründungsvorschlag vorliegen, bis zum Juli dann der Realisierungsplan.

Zum Scheitern verurteilt?

GEW-Landessprecher *Jürgen Burger* zweifelt daran, dass Lehrer, beim heutigen Mangel an Lehrkräften in den genannten Bereichen, ein untertarifliches Beschäftigungsverhältnis mit der geplanten Bildungs-GmbH eingehen werden. Doch nicht nur daran werde das Projekt scheitern, sagt er voraus: „Es müssen mehrere Gesetze geändert werden, bevor eine Firma eine Schule leitet." Das Lehrerarbeitszeitaufteilungs-, das Schul-, das Schulverwaltungsgesetz, und seiner Meinung nach sogar die Bremer Verfassung stünden zur Disposition. „Die Landesverfassung besagt, dass das Recht auf Bildung durch öffentliche Einrichtungen gesichert wird. Eine GmbH ist keine öffentliche Einrichtung."

Utopischer Zeitplan

Wegen der nötigen Gesetzesänderungen hält Jürgen Burger den Zeitplan für völlig utopisch. Der Senat hat inzwischen die Realisierung das Projekts für das Schuljahr 2004/2005 aufgegeben.

Noch ist die GEW offiziell nicht informiert oder in die Planung einbezogen worden. In ein paar Wochen soll mit dem Senator für Bildung, *Willi Lemke*, darüber ein Gespräch stattfinden. Es werde schwer für den Senator sein, so Burger, „eine Kosteneinsparung nachzuweisen". Der GEW-Landessprecher vermutet, dass es um etwas anderes geht: „um grundlegende ordnungspolitische Überlegungen." Der Bremer Senat verfolge damit ein neues Modell der Organisation bisheriger staatlicher Aufgaben.

Ganz ohne ökonomischen Nutzen wird natürlich nicht geplant. Der Vorteil der Bildungs-GmbH: Der Senat kann neue Schulden aufnehmen, ohne dass diese Eingang in den Haushalt finden. So könnte die große Koalition in Bremen ihr Wahlversprechen einhalten, bis 2005 einen verfassungskonformen Haushalt – der die Aufnahme neuer Schulden verbietet – vorzulegen.

Was Bremen da vorhabe, sei ein Schattenhaushalt, kritisiert deshalb die Opposition aus FDP und Bündnis 90/Die GRÜNEN. Statt der Gründung einer GmbH plädieren die GRÜNEN für mehr Schulautonomie und Budgetierung.

Gudrun Fischer

Foto: dpa

Bremens Bildungssenator Willi Lemke will Schulen durch Privatisierung neu organisieren.

Foto: GEW Bremen

GEW-Landessprecher Jürgen Burger: „Es wird schwer für den Senator, eine Kosteneinsparung nachzuweisen."

Engagierter Querdenker

Nachruf auf Hans Herbert Beckheuer

Foto: Hans Gampe

Hans Herbert Beckheuer ist am 30. Dezember 2003 nach langer Krankheit gestorben. Er war neben seinen verschiedenen Funktionen in der GEW Nordrhein-Westfalen seit 2001 stellvertretender und vorher viele Jahre Vorsitzender der Bundesfachgruppe kaufmännische Schulen und damit Mitglied im Hauptvorstand. In den Fachgruppen berufliche Schulen und im Vorstandsbereich Berufliche Bildung/Weiterbildung in Frankfurt haben wir viele Jahre eng mit ihm zusammengearbeitet. Er war ganz wesentlich am Entstehen und „Zusammenwachsen" der Bildungsbereiche Berufliche Bildung und Weiterbildung in dem 1993 auf Bundesebene geschaffenen Vorstandsbereich beteiligt und hat die Satzungs- und Strukturdebatten im Vorfeld des Chemnitzer Gewerkschaftstags mit vielen Ideen bereichert.

Wegen seiner Krankheit musste er sich in den letzten zwei Jahren leider immer mehr aus der aktiven GEW-Arbeit zurückziehen. Wir vermissen ihn: seine Freundlichkeit und Kollegialität, seinen Humor, seine Sensitivität, seine Nachdenklichkeit, seine ausgeprägte Fähigkeit zur gesellschafts- und bildungspolitischen Analyse, sein „Querdenken" und seine (selbst-)kritischen Anmerkungen zu den Aktivitäten und Strukturen der GEW-Arbeit. Er hat oft auf die relativ geringen Erfolge der GEW bei der Durchsetzung ihrer berufsbildungspolitischen Positionen hingewiesen und angemahnt, dass wir diesem Aspekt und der Effektivität unserer Arbeit mehr Aufmerksamkeit widmen müssten.

Hans Herbert hat die Positionen der GEW zur Lehrstellensituation, zur Perspektive unseres Berufsausbildungssystems, zu den berufsbildenden Schulen und Qualitätsentwicklungskonzepten sowie zum Prüfungswesen viele Jahre entscheidend mitgeprägt. Er war Initiator und Hauptautor der Broschüre „Lernfeldkonzept an der Berufsschule". Hans Herbert ist immer dafür eingetreten, dass die berufsbildungspolitischen Themen der GEW den gleichen Stellenwert wie die arbeitsplatzbezogene Interessenvertretung – er war lange Personalrat – einnehmen. Er hat sein Engagement in diesen beiden Handlungsfeldern der GEW ungeheuer ernst genommen und war dabei ein zuverlässiger und harter Arbeiter.

Hans Herbert war ein besonderer Mensch, mit dem uns mehr verbunden hat als die gemeinsame Arbeit in der GEW.

Ursula Herdt, Leiterin des OB Berufliche Bildung und Weiterbildung
Horst Linke, Vorsitzender der Bundesfachgruppe gewerbliche Schulen
Annelie Strack, Vorsitzende der Bundesfachgruppe kaufmännische Schulen

Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien

LesePeter

Mit dem *LesePeter* wird in jedem Monat ein herausragendes, aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur ausgezeichnet. Im Dezember erhielt den LesePeter das Bilderbuch von *Margaret Wild* und *Ron Brooks „Fuchs" (*aus dem Englischen von *Zoran Drvenkar),* Hamburg: Carlsen 2003, 32 Seiten, 16,50 Euro

Im Januar erhielt den LesePeter das Kinderbuch *„Winn-Dixie"* von *Kate DiCamillo*, München: dtv 2003, 139 Seiten, 5,50 Euro. Der LesePeter geht im Februar an das Jugendbuch *„Die Zeit der schlafenden Hunde"* von *Mirjam Pressler,* Weinheim: Beltz 2003, 270 Seiten, 14,90 Euro.

Seminarangebot

Kommunikation

Der Bundesausschuss der Jungen GEW lädt zu dem Seminar **Zielentwicklung und Durchsetzungsstrategien** ein.

Der Erwerb eines souveränen Kommunikations- sowie Verhandlungsstils und die Erweiterung des individuellen Handlungsrepertoires für tägliche, aber auch konfliktreiche Kommunikationssituationen werden trainiert.

Termin: 5. bis 7. November in Hannover. Das Seminar richtet sich nicht nur an Mitglieder des Bundesausschuss Junge GEW, sondern auch an interessierte junge Kolleginnen und Kollegen aus den Landesverbänden der GEW. Beginn ist freitags um 18.00 Uhr, Ende sonntags um 14.00 Uhr. Für junge GEWler (Altersgrenze: 35 Jahre) ist die Teilnahme kostenfrei.

Weitere Infos bei:
GEW-Hauptvorstand, Sybille Wrede, Postfach 90 04 09, 60444 Frankfurt am Main, wredes@gew.de

Neuer schleswig-holsteinischer Landesvorsitzender

Kai Niemann ist neuer Landesvorsitzender der GEW Schleswig-Holstein. Die Landesdelegiertenversammlung hat ihm mit einem Traumergebnis das Vertrauen ausgesprochen: 134 von 137 Delegierte stimmten für den promovierten 42-jährigen Gymnasiallehrer aus Achterwehr bei Kiel. Nach dem Rücktritt von *Rita Wittmaack* hatte Niemann das Amt bisher kommissarisch geführt. Stellvertretende Vorsitzende sind die Grund- und Hauptschullehrerin *Ute Vellguth* und der Berufsschullehrer *Jan Nissen*.

Matthias Anbuhl leitet Büro Berlin

Das Parlamentarische Verbindungsbüro der GEW in Berlin hat einen neuen Leiter: Als Nachfolger von Wolfgang Böttcher kümmert sich *Matthias Anbuhl* um die politischen Kontakte der GEW in der Bundeshauptstadt. Anbuhl hat damit die notwendige Brückenfunktion zwischen GEW, dem DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften sowie der Politik inne. Denn der Informationsaustausch zwischen Parteien und Interessenvertretungen läuft nicht von selbst, sondern muss professionell organisiert werden. Anbuhl setzt bei seiner Lobbyarbeit auf Dialog: „Wir bieten der Politik Lösungen an, die auch die Handlungszwänge des Gesprächspartners berücksichtigen."

Die dafür unerlässliche parlamentarische Erfahrung bringt der neue Leiter mit.

Nach seinem Zweiten Staatsexamen als Realschullehrer wechselte der 33-Jährige zum Journalismus. Nach Redaktionsvolontariat beim Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag und anschließender Arbeit als freier Journalist lernte er als Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der bildungspolitischen Sprecherin der Grünen im Bundestag, *Grietje Bettin*, die parlamentarische Innenperspektive kennen. Wir wünschen dem neuen Kollegen viel Erfolg bei seiner Arbeit. *E&W*

Foto: dpa

Weltweit müssen mehr Mädchen an der Grundbildung beteiligt werden. Ziel der Kampagne „Education for all".

Mehr Grundbildung für Mädchen

„Education for all" noch weit von Zielen entfernt

Weltweit müssen mehr Mädchen und Frauen an der Grundbildung beteiligt werden. Das verlangt der zweite Bericht über die Fortschritte der globalen Kampagne „Education for all".

Eine Frau, die alphabetisiert ist, werde es nicht zulassen, dass ihre Kinder nicht Lesen lernen, begründete *Rupert Maclean*, Direktor des in Bonn ansässigen UNESCO-Zentrums für Berufsbildung UNEVOC, die zentrale Forderung der Kampagne.

Im Jahr 2000 hatten sich 164 Länder beim Weltbildungsforum in Dakar verpflichtet, bis zum Jahr 2015 die kostenlose Grundschulbildung für alle Kinder dieser Welt zu sichern (Siehe auch Bericht in E&W 9/2003).

Versprechen der Reichen

Etwa 50 Länder werden das für 2005 angepeilte Ziel, der Förderung von Mädchen nicht erreichen. Aber bereits jetzt sei abzusehen, dass 54 Staaten an dieser Vorgabe scheitern werden, stellt der UNESCO-Bericht fest. Kinderarbeit, besonders im Haushalt der Familie, Krieg, Vertreibung und AIDS - vor allem in den Sub-Sahara-Staaten – sind die Gründe, warum Mädchen von der Grundbildung ausgeschlossen bleiben.

In Dakar hatten die reichen Nationen versprochen, jedem Land, das den Ausbau seiner Grundbildung plant, bei der Finanzierung zu helfen. Fünf Milliarden Dollar wären dafür notwendig – zusätzlich zu den anderthalb Milliarden, die gegenwärtig als Entwicklungshilfe in Bildungsprogramme investiert werden. Ein utopisches Ziel, fürchten die UNESCO-Vertreter. Entwicklungshilfe sei nicht entscheidend, meint *Erich Stather*, Staatssekretär im Entwicklungshilfeministerium. Wichtiger sei, das Entschuldungsprogramm für die ärmsten Länder fortzuführen und die Diskriminierung dieser Staaten im Welthandel zu beseitigen, die durch die hohen Agrarsubventionen in den USA und der EU am Export gehindert werden. Stather verweist auf das Beispiel Mozambiques: Dort hat sich seit 2001 die Zahl der Kinder in Grundschulen um eine Million erhöht. Dazu waren keine Bildungsprogramme von außen nötig. Das Land hat für die zusätzlichen Angebote Mittel aus dem Entschuldungsprogramm eingesetzt.

Auch Deutschland ist noch weit von den in Dakar beschlossenen Bildungszielen, der Beseitigung des Analphabetismus entfernt. Die OECD hat festgestellt, dass in der Bundesrepublik zwischen vier bis sieben Millionen Erwachsene so geringe Lesefähigkeiten haben („funktionale" Analphabeten), dass sie dadurch im beruflichen und gesellschaftlichen Leben stark eingeschränkt sind.

Karl-Heinz Heinemann

Recht und Rechtsschutz 2/2004

Informationen der GEW–Bundesstelle für Rechtsschutz.
Verantwortlich: Paul Michel, Gerhard Jens 56. Jahrgang

Sportunfall als Gelegenheitsursache

Häufig stellt sich in rechtlichen Auseinandersetzungen die Frage, inwieweit ein Unfall als Dienstunfall anerkannt wird und ob aus diesem Grund Unfallfürsorge zu gewähren ist.

Sportunfall als Gelegenheitsursache

Das Bundesverwaltungsgericht hatte in einer Entscheidung vom *18.04.2002, AZ: 2 C 22.01,* zu entscheiden, ob ein Sportunfall als Gelegenheitsursache zu bewerten war oder nicht. Diesem Verfahren lag folgender Sachverhalt zu Grunde:
Der dortige Kläger war als Sportlehrer im Dienst des beklagten Landes tätig. Während des vom ihm durchgeführten Sportunterrichtes erlitt der Kläger bei einer Absprungdemonstration einen Achillessehnenriss, der operativ behandelt werden musste. Nach fachärztlichem Gutachten hatte der Absprung die Achillessehne des Klägers zwar aktuell überlastet und damit den Abriss zunächst herbeigeführt, doch auf Grund bereits bestehender degenerativer Veränderung der Sehne beurteilte der Arzt die Absprungbelastung lediglich als auslösendes Moment. Das fachärztliche Gutachten gelangte zu dem Ergebnis, dass der Abriss auch ohne das Unfallereignis durch andere Tätigkeiten des Klägers, verursacht hätte werden können. Das beklagte Land lehnte daraufhin die Anerkennung eines Dienstunfalls ab und forderte bereits erstattete Heilbehandlungskosten zurück. Die hiergegen gerichtete Klage ist nunmehr letztinstanzlich abgewiesen worden.
Das BVerwG hat in seiner Entscheidung ausgeführt, dass Unfallfürsorge einem Beamten nur dann gewährt wird, wenn er durch einen Dienstunfall *ursächlich* verletzt wird.
Ein Dienstunfall ist aus Sicht des BVerwG ein auf einer äußeren Einwirkung beruhendes, plötzliches, örtlich und zeitlich bestimmbares, einen Körperschaden verursachendes Ereignis, das in Ausübung oder in Folge des Dienstes eingetreten ist. Keine Ursache im Rechtssinn sind so genannte Gelegenheitsursachen, d. h. Ursachen, bei denen zwischen dem eingetreten Schaden und dem Dienst sich eine „rein zufällige Beziehung“ ergibt. Wenn etwa eine krankhafte Veranlagung oder ein genetisch bedingtes Leiden so leicht ausgelöst werden können, dass es für akute Erscheinungen keiner besonderen, äußeren Einwirkungen bedarf, sondern jedes andere, beliebige Ereignis eine ähnliche Wirkung hätte.
Diese Voraussetzungen sind nach Ansicht das BVerG im vorliegenden Verfahren erfüllt. Auf Grund des eingeholten fachmedizinischen Gutachtens habe die momentane Überlastung zwar durch den Absprung des Klägers im Sportunterricht zum Riss der Sehne geführt, sei jedoch in diesem Falle lediglich als zufällig ausgelöstes Ereignis zu werten.
Der Einwand des Klägers, nur bei einem außergewöhnlichen altersbedingten Verschleiß der Achillessehne im Bereich der Rissstelle könne eine wesentliche Mitursache des Unfallgeschehens ausgeschlossen werden, verkennt nach Ansicht des BVerwG den im Dienstunfallrecht maßgebenden Ursachenbegriff. Danach soll der Dienstherr nur die spezifischen Gefahren auf Grund der Berufstätigkeit des Beamten mittragen und mit den auf sie zurückführenden Unfallursachen belastet werden. Dem Beamten verbleiben dagegen diejenigen Risiken, die sich aus anderen als dienstlichen Gründen, insbesondere aus persönlichen Anlagen, Gesundheitsschäden und Abnutzungserscheinungen ergeben. Reißt danach eine vorgeschädigte Achillessehne bei einem Unfall, so ist der zusätzliche Körperschaden dem individuellen Lebensschicksal des Beamten und damit seinem Risikobereich zuzurechnen. Ob die Achillessehne in einem für das Alter des Betroffenen außergewöhnlichen Maß vorgeschädigt war, ist hiernach unerheblich. Entscheidend ist nach Ansicht des Gerichts allein, dass dem schadhaften Zustand der Achillessehne die wesentliche Bedeutung für den Riss zukommt.
Für die Anerkennung eines Dienstunfalls ist es daher zwingend notwendig, dass das Unfallgeschehen mindestens ebenso schwerwiegend sein muss wie eine möglicherweise bestehende Vorschädigung, um die Voraussetzungen für die Anerkennung eines Dienstunfalls zu setzen. Überwiegt die Vorschädigung, kann ein Dienstunfall nicht anerkannt werden, bei Gleichwertigkeit oder Überwiegen des Unfallgeschehens, ist jedoch von einem Unfall auszugehen.

Für weitere Fragen stehen wie immer die Landesrechtsschutzstellen zur Verfügung.

Foto: dpa

Nicht jede Verletzung im Sportunterricht wird als Dienstunfall anerkannt.

Foto: dpa

Das Arbeitsamt soll, so sehen es die Hartz-Reformen vor, jetzt „Profiling“, eine „Stärken-Schwächen-Analyse“, anbieten. Bildungsberatung ist jedoch viel umfassender: Sie zeigt den Ratsuchenden Wege auf, wie sie Leben und Arbeit verbinden können.

Bildungsberatung ist mehr als „Profiling“

Doch wer finanziert sie?

Lebenshilfe, politischer Seismograf, Instrument der Berufsvermittlung – all das kann Bildungsberatung sein. Sie ist damit auch etwas ganz anderes als das von der Bundesagentur für Arbeit bei der Vergabe ihrer Bildungsgutscheine an Arbeitslose (siehe auch E&W 12/03) praktizierte „Profiling“, das nur am Bedarf des Arbeitsmarktes orientiert ist. Um so wichtiger als Ergänzung dazu die ergebnisoffenen Angebote der Bildungsberatung. Doch deren Finanzierung ist aufgrund der ökonomischen Einschnitte in der Branche sehr gefährdet. Bislang reagieren Volkshochschulen und andere Bildungsinstitute allerdings noch recht defensiv.

Gerlinde Reiter leitet die Bildungsberatung der Münchner Volkshochschule. Zu ihr kommen Schüler und Studenten, die einen Weg aus dem Lernfrust suchen, viele Frauen, die nach der Familienpause wieder Fuß im Berufsleben fassen möchten sowie ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die es noch einmal wissen wollen. „Gerade bei ihnen spüre ich so viel Energie und Lust, ihre Kenntnisse und Erfahrungen einzubringen. Aber in der Praxis stoßen sie auf zwei Hürden: auf das Problem, dass sie viele im Leben erworbenen Fähigkeiten nicht nachweisen können und auf das Vorurteil, dass mit dem Alter die Leistungsfähigkeit sinkt,“ berichtet Reiter.

Lebenshilfe

Bildungsberatung bietet Lebenshilfe, wenn biografische oder berufliche Umbrüche zu meistern sind und alternative Lernwege gesucht werden. Bildungsberatung ist aber auch ein Seismograf für gesellschaftliche (Fehl-)Entwicklungen. Das fängt bei fehlenden Weiterbildungsmöglichkeiten in Teilzeitform an und hört mit der Kostenfrage auf: Welche Ansprüche dürfen etwa Arbeitnehmer stellen, die jahrelang Beiträge an die Bundesanstalt für Arbeit abführten?

Die Bedeutung von Bildungsberatung steigt, seit Arbeitslose allein heraus finden sollen, wo sie ihren Bildungsgutschein gegen ein gutes Qualifizierungsangebot eintauschen können. Doch die Kontinuität der meisten ganzheitlichen Beratungsangebote ist gefährdet; zeitlich befristete Projekt- und Modellfinanzierungen herrschen vor.

Beispiel München: Bis Ende 2005 ist die trägerübergreifende Arbeit der Beratungsstelle gesichert; das Geld kommt vom Europäischen Sozialfonds, vom städtischen Referat für Arbeit und Wirtschaft und aus dem Kernhaushalt der VHS. Reiter: „Die große Frage heißt: Was kommt dann?“

Vor diesem Problem steht auch *Susan Remé*. Sie leitet den „Bildungsanschluss“ der Metropolregion Hamburg, ein Teilprojekt im Programm „Lernende Regionen“ des Bundesbildungsministeriums. Längstens bis Mai 2006 fließen die Zuschüsse. Die Metropolregion hat rund vier Millionen Einwohner in der Hansestadt und den angrenzenden Kreisgebieten Schleswig-Holsteins und Niedersachsen. Hinter der länderübergreifenden Telefonberatung steht ein Zusammenschluss von rund 270 regionalen Bildungseinrichtungen. Remé: „Wir verfügen über das gesammelte Insiderwissen – etwa des Vereins ‘Weiterbildung Hamburg’ – und bieten hochwertige, individuelle Beratung.“ Der heiße Draht zur Bildung soll besonders Benachteiligten zugute kommen. Diese Verbindung läuft über Multiplikatoren in anderen Stellen, wie etwa dem Sozialamt, berichtet die Projektleiterin. „Wer negative Erfahrungen mit dem Lernen hat oder unsicher ist, wird nie selbst zum Telefonhörer greifen.“

Mischfinanzierung denkbar

In mehr als 70 „Lernenden Regionen“ bezuschusst der Bund die Vernetzung der Bildungsakteure. Vielfältige Formen der Bildungsberatung werden erprobt: als Hotline, internetgestützt, zielgruppenspezifisch. Eine wichtige Frage für

Foto: dpa

„Bildungsberatung ist eine öffentliche Aufgabe."

alle heißt: Wer finanziert das Angebot nach Ende der Förderphase?
„Bildungsberatung ist eine öffentliche Aufgabe", betont Prof. *Peter Faulstich*. Der Erwachsenenbildungsexperte an der Universität Hamburg kann sich eine Mischfinanzierung vorstellen, aus Steuern und Beiträgen der Bildungsträger sowie der Ratsuchenden.
Und die Bundesagentur für Arbeit (BA)? „Wir brauchen eine politische Diskussion darüber, ob sich die BA zurückziehen und wichtige Beratungsarbeit kleinen Projekten überlassen darf", fordert *Susan Remé* vom „Bildungsanschluss" Hamburg. Aber wer zwingt die Entscheidungsträger, hier Farbe zu bekennen? Die Szene der Bildungsinstitute ist äußerst heterogen, es fehlt eine starke Lobby, die notfalls Druck macht. Für Prof. Faulstich steht deshalb bereits fest: „Die BA fühlt sich nur noch der reinen Arbeitsmarktzulieferung verpflichtet." Dafür setzt sie Profiling, eine Stärken-Schwächen-Analyse der Arbeitslosen ein. „Umfassende Bildungsberatung müssen andere Institutionen übernehmen", folgert er.
Profiling contra Bildungsberatung - was steckt dahinter? Profiling, so wie es die BA definiert, ist ein Instrument, um festzustellen, ob das Individuum in den Rahmen passt, den der Arbeitsmarkt setzt, bzw. was es sich aneignen muss, um vermittelbar zu werden. Ganzheitliche Bildungsberatung dagegen ist entwicklungsorientiert, öffnet dem Ratsuchenden Fenster, zeigt Wege auf, wie sich Leben und Arbeit neu ordnen lassen, überlässt die Entscheidung, ob und wohin er den nächsten Schritt lenkt, dem Einzelnen.

Zweisäulenmodell

Für ein Zweisäulenmodell – hier die BA mit Profiling, dort andere Träger mit umfassender Bildungsberatung - plädiert auch *Ulrich Aengenvoort,* Direktor der Deutschen Volkshochschulverbands (DVV). „Wir müssen uns Gedanken machen, wie Bildungsberatung, bei der es nicht nur um die kurzfristige Verwertbarkeit von Wissen am Arbeitsmarkt geht, dauerhaft etabliert und finanziert wird," sagt Aengenvoort. Er kann sich - ähnlich wie Faulstich - ein Mischmodell vorstellen. Aber, sagt der DVV-Chef, „den Stein der Weisen haben wir noch nicht gefunden." Eine verhaltene Position, die auf die Überzeugungskraft von Fakten setzt. Ziemlich blauäugig, angesichts der politischen Entscheidungspraxis im Lande.

Helga Ballauf

Widerspruch

(E&W 9/2003, Seite 2: Krisenzeit – Zeitmuster in der Krise")
Mit einigem Erstaunen habe ich den Artikel von *Karlheinz Geißler* gelesen. Die Grundgedanken sind für mich durchaus nachvollziehbar und ich stimme ihm zum Teil zu. Aber die Analyse des außerbetrieblichen Qualifikationsmarktes als Ursache für die Lehrstellenknappheit ist kaum nachzuvollziehen. An dieser Stelle ist Herrn Geißler entschieden zu widersprechen. Man könnte davon ausgehen, dass der Satz „Dieser bietet durch den Ausbau der Fach*hoch*schulen und dem wachsenden Angebot von Absolventen dieser Institution, den Entscheidungsträgern der Betriebe eine interessante und kostengünstige Alternative zur internen Lehrerausbildung" nur einen Tippfehler enthält. Aber an anderer Stelle, etwas später, spricht Herr Geißler ebenso von Fach*hoch*schülern. Ist Herrn Geißler entgangen, dass es seit 1972 Fachhochschulen gibt, die eindeutig dem Hochschulbereich zugeordnet werden und die ein eigenständiges wissenschaftliches Qualifikationsprofil unter Beweis gestellt haben?

Prof. Dr. Heinz Neuser, Bielefeld

Strahlungsschäden

(E&W 12/2003, Seite 6 ff: Schwerpunkt „Aus der Balance")
Etwa die Hälfte der Kinder und Jugendlichen zeigen heute Auffälligkeiten oder Störungen, die sie in der Schule beeinträchtigen. Bewegungsmangel kann dafür sicher *eine* Ursache sein. In einer ganzheitlichen Betrachtung ist zunehmend auch eine *andere* Störquelle für die Balance von Lernen und Leben bei Kindern festzustellen, die leider noch viel zu wenig beachtet wird. Es ist eine enorme Belastung durch pulsierende hochfrequente elektromagnetische Felder. In der Schule werden die Körper und Sinne der noch Heranwachsenden dabei nicht nur durch den extensiven Gebrauch von Handys in den Pausen nachhaltig beeinflusst. Auch im Unterricht selbst wird die Gesundheit der Kinder durch den unreflektierten Einsatz neuer Technologien massiv geschädigt. Die Zeitschrift ÖKO-TEST hat in Untersuchungen (11/2002, 10/2003) festgestellt, dass insbesondere von den funkenden Laptops, an denen in Hessen sogar Grundschulkinder sitzen, hohe Strahlungen ausgehen, welche die Vorsorgewerte oft erheblich übersteigen. Auf dem „Weg zur gesunden Schule" sollte man daher nicht nur auf die Bewegung und die Ernährung achten, sondern auch darauf dringen, dass alles, was offensichtlich schädigend für die Gesundheit ist, aus der Schule verbannt wird.

Dr. Siegfried Schwarzmüller, Lindenfels

Enttäuscht

(E&W 12/2003, Seite 6 ff: Schwerpunkt „Aus der Balance")
Ich bin enttäuscht von euren Artikeln! Die dritte Sportstunde zu fordern – darum kann es doch wirklich nicht mehr nur gehen: Der Unterricht muss sich ändern, der Alltag, die Auffassung vom Lernen. In einer Zeit, wo man Kinder vor den Fernseher fesselt oder im Autokindersitz, geht es nicht nur um Selbstbeherrschung (Sportunterricht, auch was Wichtiges), sondern um Einüben von Selbstwahrnehmung und Selbstbewusstsein. Die Rede vom „Gehirn im Bauch" ging durch die Presse. Ich spreche schon lange vom „Gehirn in der Wirbelsäule" – aber eigentlich geht es darum, dass das Zentralnervensystem ein Ganzes ist, dass der Körper mitdenkt. *Rousseau* empfing seine Gedanken auf Wanderungen, im 18. Jahrhundert ließ man sich von einem Roman „bewegen" – man las ihn laut, im Garten wandelnd.

Heide Marie Voigt, Bremen

Unsensibel

(E&W 1/2004, Seite 33: „Neue Mitgliedsbeiträge 2004")
Formal ist die Beitragsanpassung natürlich in Ordnung. Nur zeigt die GEW hier, wie unsensibel sie mit dem Thema umgeht. Der Wegfall des Urlaubsgeldes, die erhebliche Kürzung des Weihnachtsgeldes und wiederholte Verschlechterungen im Beihilfebereich bedeuten für die Mitglieder finanzielle Einbußen, die auch durch die Steuerreform nicht ausgeglichen werden. Eigentlich sollten die Mitgliedsbeiträge sinken und sich die GEW wieder auf die fundamentalen Aufgaben einer Gewerkschaft konzentrieren: Arbeitsbedingungen und Besoldung ihrer Mitglieder verbessern!

Siegfried Raupach, Reken

Mobile Reserve

(E&W 11/2003, Seite 4: „Abenteuerlich“ und Seite 22: „Wir brauchen bessere Lehrer!“)
Auf Seite 4 wird unter der Überschrift „Abenteuerlich“ in einem negativen Ton über eine Absicht des bayerischen Kultusministeriums berichtet. Ich glaube, dass die dort genannte beabsichtigte Regelung (nur für die Grund- und Hauptschulen) für alle Schularten im Beitrittsgebiet eine sehr lobenswerte Regelung sein würde. Viele Lehrer im Beitrittsgebiet wurden aus den unterschiedlichsten Gründen entlassen, dürfen nicht mehr ihrem „erlernten Beruf“ nachgehen, haben aber selbst noch schulpflichtige Kinder und arbeiten uneigennützig als Elternvertreter in Schulen. Und wenn diese eine solche Möglichkeit hätten, sich in einer „mobilen Reserve“ nützlich zu machen, statt ihre Zeit auf dem Arbeitsamt oder vor den Türen des Sozialamtes zu verbringen, dann würde unseren Kindern damit sehr geholfen – und der Gesellschaft auch!

Harald Karger, Ribnitz-Damgarten

Nicht überzeugt

(E&W 9/2003, Seite 26: „Zwischen Eigenverantwortung und zentralen Vorgaben“)
Sie entnehmen meiner Anschrift, dass ich meinen Wohnsitz in Frankreich habe, und Frankreich gehört ja auch zu den von Ihnen genannten „Vergleichskandidaten“. Das Schulsystem hier scheint mir nun alles andere als selbstständig zu sein, im Gegenteil. Die Lehrerinnen und Lehrer erhalten klare Vorgaben von der übergeordneten Behörde, der Unterrichtsgang ist weitgehend normiert (die Idee: in jeder Klasse soll jeder Schüler im ganzen Land den gleichen Lernstand haben), die Lernerfolge werden durch Abprüfen „evaluiert“, der Unterricht erfolgt überwiegend und in Deutschland fast nicht mehr vorstellbarem Maße lehrerzentriert. Schüler mit Migrationshintergrund werden in der Grundschule mittels spezieller Förderprogramme gefördert, andere schwächere Schüler ebenso; diese Förderung reduziert sich aber dann auf den Bereich der weiterführenden Schule (ab Klasse 6). Und schließlich: Der sozial-integrative Aspekt hat für Frankreich keine umfassende Gültigkeit, da Schulen durchaus und unter bestimmten Voraussetzungen nur bestimmte Schülerinnen und Schüler auswählen, so dass es eben auch (und zwar bereits ab Klasse 6) als elitär geltende Schulen gibt und eben auch solche, die sich mit einer eher lernschwächeren Klientel „begnügen“ müssen.

Wolfgang Schulz, Colomiers (Frankreich)

Stammtischmeinung

(E&W 12/2003, Seite 18: „Von wegen ‚faule Säcke’“)
Ja, wir Lehrer sind belastet. Aber Zahnärzte, Rechtsanwälte, Kranführer, Straßenbahnfahrer und alle anderen sind auch belastet. Ich kann das Jammern nicht mehr hören. Das Leben ist hart. Es endet meist tödlich. Auf dieser banalen Ebene bewegen sich Artikel und Interview. Wenn diese simplen Lehrer-Stammtischäußerungen an die Öffentlichkeit gelangen sollten, kann ich mir die Reaktionen schon vorstellen. Soll das Gewerkschaftsarbeit sein, den Lehrer und die Lehrerin als Jammerlappen darzustellen und dem Gelächter der Öffentlichkeit preiszugeben?
Es gibt Berufsgruppen, die nicht einen Bruchteil unseres Gehalts verdienen, aber mindestens genauso viel, wenn nicht mehr arbeiten müssen. Guckt euch die freie Kulturszene an, die Sozialarbeiter- und Kindergartenbranche, die Altenpflege und das Krankenhauswesen!
Ich kenne an meiner Schule notorische Blaumacher – nein, nicht unter den Schülern, sondern unter den Lehrern! –, ich kenne Kolleginnen und Kollegen, die systematisch und erfolgreich auf die „krankheitsbedingte“ Frühverrentung hingearbeitet haben – das Beamtensystem lässt das zu, leider. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft muss vor allem in der Lage sein, kritische Fragen auch an sich selbst, die eigene Klientel zu stellen. Wir Lehrer, ich eingeschlossen, haben offenbar irgendwann einen Zug verpasst, den andere Länder noch gekriegt haben, wir haben es versäumt, die Weichen richtig zu stellen, das richtige Maß an Integration der Schwachen und Förderung der Starken zu finden. Wir haben unser Ziel noch nicht richtig formuliert, unsere Mittel noch nicht gefunden. Daran müssen wir arbeiten. Und viele von uns sind dabei.

Bernd Woidtke, Bergheim

Glorifiziert

(E&W 9/2003, Seite 14: „Abgehängt“)
Zum obigen Artikel habt ihr eine Grafik bzw. ein Bild, das mich verwundert. Es geht nicht um den Inhalt des Artikels. Ich arbeite selber seit vielen Jahren mit benachteiligten Kindern und Jugendlichen und kenne die Probleme.
Was mir aber überhaupt nicht gefällt, ist das Bild. Es zeigt ein Mädchen (oder eine junge Frau), das eindeutig einen islamistischen

Foto: Bert Butzke

Kopfumhang trägt. Ist euch nicht bewusst, dass ihr damit „glorifiziert“, was für viele ausländische Mädchen in Wahrheit eine immense Einschränkung bedeutet? Ist euch nicht bewusst, dass dieses Kopftuch ein politisches Zeichen darstellt? Wisst ihr nicht, dass sich hinter dem islamistischen Kopftuch (zunehmend) keine religiöse Anschauung verbirgt, sondern eine klare politische Forderung, in deren Konsequenz auf dem Weg zu einem Gottesstaat neben der Demokratie auch die Gewerkschaften abgeschafft werden sollen?

Wolfgang Fischer (per E-Mail)

Erschütternd

(E&W 12/2003, Seite 26: „Militär macht Schule“)
Das Strategie-Spiel POL&IS nehme den Schülern Hemmungen gegenüber der Armee, so ein im Artikel zitierter Lehrer. Es ist erschütternd zu lesen, in welchem Ausmaß es dies offenbar bei vielen Lehrerkollegen tut – und dabei den Verstand gleich auch noch mitnimmt. Zu der Teilnahme von Schülern am POL&IS-Spiel deshalb drei Anmerkungen:
1. Es scheint nötig zu sein, daran zu erinnern, dass bei aller Betonung von Schlüsselkompetenzen die Inhalte, anhand derer sie erworben werden, nicht völlig bedeutungslos sind.
2. Im Zusammenhang mit dem Amoklauf von Erfurt ist viel von gewaltverherrlichenden Computerspielen und Videos die Rede gewesen. Lehrt das Spiel der Armee anderes, als Interessen mit Gewalt durchzusetzen? Ich hoffe, dass die Direktoren der Schulen, die ihre Schüler an diesem Spiel teilnehmen lassen, wenigstens auf große Betroffenheitsszenarien in der Öffentlichkeit verzichten, wenn einer ihrer Schüler wie in Erfurt versucht, seine Probleme mit Waffengewalt zu lösen.
3. Alternativen? Aber gern: Wir wäre es denn damit, Schüler einmal an einem Seminar der „Werkstatt für gewaltfreie Aktion“ teilnehmen zu lassen?

Michael Stadelmann, Tübingen

Unkenntnis

(E&W 1/2004, Seite 2: „Wider das Vergessen von ‚Ritter Rost’“)
Jürgen Kaubes Kritik gegen die Einschulung Vierjähriger hat offenbar die wissenschaftlichen Untersuchungen von *Corell* nicht zur Kenntnis genommen. Bei späterer Einschulung werden nicht mehr aufholbare intellektuelle Reifepotenzen verschleudert.
Die in vielen Bundesländern inzwischen wieder abgeschaffte Vorschule war ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Sie ersatzlos zu streichen, weil sie nicht effektiv genug sei, hat erst die Diskussion um eine vorzeitige Einschulung in Gang gesetzt.
Sie umzugestalten und neben den Kindergärtnerinnen und Sozialpädagogen mit Fachkräften aus der Grund- und Sonderschule zu ergänzen, hätte uns die PISA-Problematik erspart.

Peter Wendeborn, Liebenburg

Veranstaltungen

Bildungsmesse

Vom 9. bis 13. Februar 2004 dreht sich auf dem Kölner Messegelände alles um Bildung: Die Bildungsmesse didacta ist nach einem Abstecher in Nürnberg wieder in Köln zu Gast. Rund 800 Anbieter werden auf der europaweit größten Bildungsmesse ausstellen, darunter Schulbucverlage und Lehrmittelhersteller. Informationen und Angebote gibt es zu allen Bildungsbereichen: Kindergarten, Schule, Hochschule, Ausbildung, Beratung und Weiterbildung.

Mit zwei Ständen präsentiert sich die GEW auf der didacta 2004. Im Kindergartenbereich informiert die Bildungsgewerkschaft Besucherinnen in Halle 4, Stand 39. Auf dem Hauptstand der GEW in Halle 13.2, Stand 28, stehen Personalräte den Messegästen Rede und Antwort. Zusätzlich gibt es Informationen, Beratung und Materialien zu aktuellen bildungspolitischen Themen wie Bildungsstandards oder der Lehrerinnenausbildung. Mit vertreten sind am Stand: der DGB mit seinem workshop zukunft, die Büchergilde und der nds-Verlag.

Wesentlicher Bestandteil der didacta ist ihr umfangreiches Rahmenprogramm, das Bildungsprobleme aufgreift und Lösungen anbietet. Allein die GEW bietet täglich mehrere Veranstaltungen an, z.B. zur Zukunft der Erzieherinnenausbildung. Sonderschauen und Workshops ergänzen das vielfältige Angebot.

Mehr Informationen:
www.gew.de, www.bildungsmesse-koeln.de

„Soziale Stadt“

Seit fünf Jahren gibt es intensive Bemühungen, so genannte „soziale Brennpunkte“ durch ein Bündel von Maßnahmen zu lebenswerten Quartieren umzugestalten. Dabei arbeiten Städteplaner und Sozialarbeiter im Quartiersmanagement zusammen. Nur an wenigen Standorten ist auch die Schule als Partner einbezogen.

Auf einer Fachtagung des Kooperationsverbundes Schulsozialarbeit, die am *29. und 30. März 2004* in Frankfurt am Main stattfindet, wollen wir anhand praktischer Beispiele der Frage nachgehen, wie Schulsozialarbeit eine Brücke zwischen Quartiersmanagement und Schule herstellen kann. Dabei geht es auch um Konzeptionen für den Ausbau von Ganztagsschulen. Nähere Informationen bei:
holzes@gew.de

Deep Blue

Einzigartige Einblicke in die Welt unserer Ozeane präsentiert *Deep Blue*, ein visuell und akustisch beeindruckendes Leinwanderlebnis, das während jahrelanger Dreharbeiten rund um den Globus entstanden ist. Als eines der außergewöhnlichsten und aufwändigsten Projekte, die je im Bereich des Dokumentarfilms realisiert wurden, zieht Deep Blue den Zuschauer magisch hinein in das faszinierende Leben unter dem Meeresspiegel. Die Reise führt von flachen Korallenriffen über die unwirtlichen Küsten der Antarktis in die Weiten des offenen Meeres bis hin zu den tiefsten Tiefen der Ozeane, in die ewige Dunkelheit. Ab *19. Februar* ist das visuelle Meisterwerk Deep Blue in Deutschland im Kino zu sehen. Weitere Informationen:
Filmpresse Meuser, Egenolffstr. 13 H, 60316 Frankfurt, Tel. 069/40 58 04-0, Fax 40 58 04-13, E-Mail: info@filmpresse-meuser.de

Polnisch lernen in Masuren

Aufgrund der guten Resonanz wird das GEW-Begegnungsprojekt „Masuren“ auch im Jahre 2004 stattfinden, und zwar vom 17. Juli bis 1. August. *Zum 10. Male nun schon werden sich ca. 20 deutsche und 20 polnische Kolleginnen und Kollegen in Nowa Kaletka treffen, um 14 Tage lang in getrennten Gruppen und gemeinsam die Sprache des Nachbarn zu lernen, ein kulturelles Programm zu gestalten und über Arbeit/Gewerkschaft und Nachbarschaftskontakte zu reden. Zeit bleibt auch für Erholung, Sport und Ausflüge. Zielgruppe: Kolleginnen und Kollegen, die in deutsch-polnischen Initiativen aktiv sind bzw. sein wollen.*

Kontakt und Information:
GEW-Hauptvorstand, Internationales,
e-mail: heisec@gew.de

England erleben

Der gemeinnützige Verein GB-D Freundeskreis e.V. – Hessen organisiert in den kommenden Osterferien preiswerte Sprachreisen für Jugendliche in den zwei englischen Kursorten Northampton und Torbay. Den Jugendlichen wird, neben 15 Zeitstunden Englischunterricht pro Woche, ein abwechslungsreiches Freizeitprogramm mit Ausflügen, Sportveranstaltungen und Discobesuchen geboten. Untergebracht werden die Schüler in englischen Gastfamilien. Daneben bietet der Verein auch Sprachreisen für Senioren sowie individuelle Sprachkurse an. Weitere Informationen:
Karin Bohle-Francis, Tel. 069/242 494 64

11. Bundestreffen lesbischer Lehrerinnen

Das 11. Bundestreffen lesbischer Lehrerinnen findet unter dem Motto *„In Bewegung Sein“* vom *20. bis 23. Mai* im Waldschlösschen bei Göttingen statt. Und das können Sie erwarten: Bildung und Entspannung, wertvolle Anregungen für Unterricht und Freizeit und viel Gelegenheit zum Austausch, gegenseitiger Unterstützung und vielen anregenden Gesprächen in der angenehmen Atmosphäre des idyllischen Tagungshauses. Geboten werden auch dieses Mal die verschiedensten Workshops und Veranstaltungen wie Kabarett, Psychodrama, Trommeln, Karate, Rhetorik, Stimmbildung und mehr. Programm und Anmeldungen (*ab 23. Februar): www.bulele.de oder Tel. 02102/34 578*

Materialien

Durchblick im Alltag

Für das Leben lernen gelingt dann gut, wenn die Lerninhalte praktischen Nutzwert haben. Wenn Jugendliche sich selbstständig machen, sich von den Eltern lösen, einen eigenen Haushalt gründen, alleine mit der Bürokratie fertig werden müssen und sich das Geld einteilen, wird es Ernst. Dann helfen all die gut gemeinten Ratschläge nichts, dann braucht man praktische Hilfe. *„Durchblick im Alltag“* ist eine Reihe von zunächst zwei Broschüren (jeweils mit Lehrerheft), die von *Prof. Dr. Gotthilfe Gerhard Hiller* (PH Ludwigsburg) herausgegeben wurden. Jetzt liegt eine dritte Fassung in deutsch-türkischer Version vor. Die Broschüren enthalten Checklisten, Formulare, Musterbriefe an Behörden, einen Finanzplan für das Haushaltsgeld u.v.a.m., was jungen Menschen den Start ins neue Leben erleichtert.

Sie kosten zwischen 8 und 8,50 Euro und sind im Buchhandel oder beim Vaas-Verlag zu beziehen.

Mathematikunterricht

In der MUED-Schriftenreihe Materialsammlungen ist die Broschüre *„Mathematikunterricht in der Sek. I ... aus der Welt der Jugendlichen“* von *Irmgard Eckelt* neu erschienen. Die 92 Seiten umfassende Broschüre enthält Arbeitsblätter, Kartekarten, Spiele, Geschichten, Farb-Folien sowie eine Fülle von methodisch-didaktischen Anregungen. Ganz besonders wird dabei der Lebenshintergrund der Mädchen berücksichtigt, der in vielen Mathematikbüchern immer noch zu kurz kommt.

MUED-Schriftenreihe Materialsammlungen „...aus der Welt der Jugendlichen“ von Irmgard Eckelt, Appelhülsen 2003, 14,95 Euro.

Abs.: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Postvertriebsstück · DPAG · Entgelt bezahlt · D01082

Diesmal

E&W-Cartoon: Klaus Stuttmann